

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlandgebiet, Österreich, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1- Goldmark. „Reine Angelegenheit“ das festgedruckte Wort 0,30 Goldmark (inklusive zwei festgedruckter Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgegeben werden. Schluß von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Köhnhoff 292-293 Verlag: Köhnhoff 2506-2507

Dienstag, den 23. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Diktando-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Vor den Toren des Völkerbundes.

Aufnahmegejuch noch in dieser Woche?

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) In Völkerandkreisen hat man mit Ueberraschung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung ein Eintrittsgejuch vorbereitet. Dieses Gejuch soll in einer umfangreichen Denkschrift dem Völkerbund vorgelegt werden. Es heißt, daß in ihr ein Ratssitz gefordert und dem Verlangen Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland sein neues Kriegsschuldenerkenntnis abzulegen braucht und zahlreiche Vorbehalte für den Versailler Vertrag gemacht werden. Da der Abschluß der jetzigen Völkerbundstagung für den 28. September geplant ist, dürfte ein Gejuch in der angelegten Form kaum noch angenommen werden. Es verläuft jedoch zuverlässig, daß bereits in zwei Monaten eine außerordentliche Völkerbundversammlung in Genf geplant ist, nachdem die diplomatischen Verhandlungen über technische Einzelheiten erledigt sind.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ bemerkt hierzu: Es ist richtig, daß Deutschland noch in dieser Woche einen Schritt unternehmen wird, der auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinausläuft. In welcher Weise dieser Schritt jedoch unternommen und ob das deutsche Aufnahmegejuch in Form einer Denkschrift an den Völkerbund gerichtet wird, ist bisher noch zweifelhaft. Darüber dürfte am Dienstag das Reichskabinett entscheiden. Wichtig ist, daß der Reichskanzler Marx für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist. Es verläuft übrigens, daß Stresemann der gleichen Ansicht sei.

Genf, 22. September. (Eoa.) Ueber das Ergebnis der Reise Rankens steht fest, daß er vom Reichskanzler sichere Zusagen wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund noch im Laufe dieser Tagung erhalten hat, allerdings unter der Bedingung, daß Frankreich erklärt, daß es keine Einwendung gegen einen ständigen Ratssitz für Deutschland erhebe. Ranken hat den Inhalt seiner Unterhaltung mit Reichskanzler Marx dem englischen Premierminister Macdonald gedrahtet und ihm um entsprechende Beeinflussung der französischen Regierung gebeten; denn ein Teil der französischen Delegation mache Einwendungen gegen die deutsche Forderung.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Ranken hatte am Montag mit den einzelnen Völkerbundsdelegierten, besonders mit Soucheur-Frankreich, eine längere Aussprache über das Ergebnis seiner Unterredung mit Marx, über die er sich optimistisch äußerte. Er lehnte es aber entschieden ab, irgendeine Erklärung für die Deffenlichkeit abzugeben.

Beneisch über die technischen Schwierigkeiten.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Soz. Parlamentsdienst“ in Genf hatte am Sonnabend eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneisch, der als Vorsitzender des Zwölferausschusses die Arbeiten der Abrüstungskonferenz leitete. Beneisch äußerte sich über einige politische Fragen folgendermaßen:

Nach meiner Ansicht muß der Völkerbund vervollständigt werden. Dafür ist der Eintritt Deutschlands unerlässlich. Ich glaube nicht, daß diesem Eintritt Deutschlands von dem Völkerbund ernsthafte Schwierigkeiten im Wege stehen. Wenn ich im vorigen Jahre davon sprach, daß die sachlichen Voraussetzungen für den Eintritt noch nicht gegeben seien, so läßt sich das heute nicht in demselben Maße sagen, nachdem in England wie in Frankreich die Schwierigkeiten beseitigt wurden und auch in Deutschland die Stimmung zum Eintritt in den Völkerbund ebenfalls eine andere geworden ist. In der Erklärung einiger Punkte bleiben allerdings noch Zweifel bestehen. In der Frage des ständigen Ratssitzes, auf den Deutschland als Großmacht Anspruch erhebt, sind noch einige technische Schwierigkeiten zu erledigen, da zurzeit kein freier Ratssitz vorhanden ist und noch andere Mächte gleichfalls Anspruch auf einen ständigen Ratssitz erheben. Man wird im Laufe der jetzigen Tagung kaum noch diese Frage erledigen, da die Zeit zu knapp geworden ist. Nachdem in diesem Punkte Klarheit geschaffen ist, wird sich der Eintritt Deutschlands leicht gestalten. Eine weitere gewisse Schwierigkeit liegt in der Frage der Militärkontrolle, die an sich kein Hindernis für den Eintritt darstellt, deren Ergebnis man aber doch abwarten sollte, um eventuell erhobenen Einwänden entgegenzutreten zu können. Ich selbst wünsche nur baldige Übernahme der Kontrolle durch den Völkerbund. Die allgemeine Abrüstung ist unerlässlich. Sie muß von allen Staaten in gleicher lokaler Weise durchgeführt werden. Dazu ist natürlich noch viel Arbeit nötig. Aber ich glaube, daß wir auf dieser Tagung einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen sind.

Pariser Kommentare.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendblätter des Nationalen Blats, „Antranfisant“ und „Liberte“, protestieren lebhaft gegen die bedingungslose Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und gegen die Gewährung eines Ratssitzes. In der „Liberte“ heißt es, daß das der erste Schritt auf einem Wege sein werde, der zur vollständigen Revision der

Friedensbedingungen einschließlich der territorialen Grenzen, führen müsse. Im „Antranfisant“ wird unter scharfen Angriffen auf Macdonald, der die Einladung Deutschlands betrieben habe, die französische Regierung eindringlich davor gewarnt, sich auf irgend eine Diskussion der Kriegsschuldfrage einzulassen.

Der „Temps“ berichtet ohne Quellenangabe, daß eine hervorragende Persönlichkeit der englischen Delegation in Genf erklärt habe, die englische Delegation sei entschlossen, Deutschland zu veranlassen, in den Völkerbund einzutreten. Die Rede Macdonalds, habe diese Persönlichkeit ausgeführt, sei ein Wink gewesen. England will, daß Deutschland in seiner Eigenschaft als Großmacht in den Völkerbund eintrete. Durch ein Zögern erwecke Deutschland den Eindruck, daß es seine Zulassung nur ungern betreibe und daß es sich mit Rußland verbünden wolle.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der „Progres“, das frühere Organ Herriots, jezt in guten Beziehungen zum Quai d'Orsay stehend, zitiert in seinem Leitartikel in seiner Sonntagsnummer Herriots Worte in Genf an die Liga für Freiheit und Menschenrechte wie folgt: „Wir verlangen nicht, daß Deutschland bei seinem Eintritt nochmals seine Schuld am Kriege anerkennt, und wir verlangen auch nicht eine nochmalige Ratifikation des Versailler Vertrages. Eine einzige Bedingung nur stellt ihm der Völkerbund: Die Annahme des Völkerbundesgesetzes, des Paktes.“

Dieser Wortlaut, der von dem von der Liga selbst gegebenen Text bedeutend abweicht, dürfte nicht ohne Fühlungnahme mit den zuständigen Pariser Stellen veröffentlicht worden sein. Der Leitartikel, der nochmals Herriots Versicherung betont, daß Deutschland jeder anderen Großmacht gleichgestellt werden solle, schließt: „Wenn Deutschland sich um diesen Preis nicht mit uns verbinden will, dann mag es allein bleiben.“

Rechts- und Mandatsfragen.

Genf, 22. September. (WLB.) In der Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde ein schwedischer Antrag angenommen. Er verlangt vom Völkerbundsrat die Einberufung eines Sachverständigenausschusses zwecks Aufstellung einer Liste von Rechtsmaterien, die alsdann vom Völkerbundssekretariat allen Staaten, auch den Nichtmitgliedsstaaten, zugestellt und deren Regelung eventuell durch internationale Konferenzen erstrbt werden soll.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Mandatsfragen, berichtete Ranken (Rorwegen), der auf die Wichtigkeit der Mandatsfragen im gesamten Aufgabenkreis des Völkerbundes hinwies. Die von Ranken begründete und von der Versammlung genehmigte Resolution billigt die Arbeiten der Ständigen Mandatskommission, weist auf das Kapitalbedürfnis der Mandatsgebiete hin, deren Entwicklung sonst ernstlich gefährdet sei und fordert die Veröffentlichung der Berichte der Mandatsmächte, sowie die Verhinderung des Handels mit geistigen Getränken.

Deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen England fordert Weißbegünstigung.

London, 22. September. (WLB.) Der diplomatische Berichtersatter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Vorbereitungen für einen englisch-deutschen Handelsvertrag seien so weit gefördert, daß ein voller Entwurf, der von den Sachverständigen des Handelsamtes ausgearbeitet sei, bereits der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei, und daß die Sachverständigen gegenwärtig die Bedingungen der Vorschläge einer genaueren Prüfung unterzögen. Die Ergebnisse dieser Prüfung würden mit der britischen Sondermission, welche diese Woche nach Berlin abreist, erörtert werden. Den Mittelpunkt des britischen Entwurfes bilde fast ausschließlich die Forderung nach Behandlung als weißbegünstigte Nation, ohne daß indessen detaillierte Angaben gemacht würden. Die Tatsache, daß die britische Regierung einen solchen Entwurf hergestellt hat, ohne zuvor einen beratenden Ausschuh zur Verteidigung der Interessen der britischen Industrie einzuberufen und um Rat zu fragen, wird in Geschäftskreisen ausführlich kritisiert. Ein solcher Ausschuh werde vielleicht erst in Tätigkeit treten, wenn die Grundsätze, die den Vertrag beherrschten, bereits zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden seien.

Nie wieder Krieg!

Große Kundgebungen in Australien.

Melbourne, 22. September. (WLB.) Die Arbeiterorganisationen veranstalteten im Zusammenhang mit der Bewegung gegen den Krieg große Kundgebungen in allen wichtigen Städten Australiens. Vertreter religiöser, politischer und anderer Körperschaften hielten dabei Ansprachen. In einer in Melbourne veranstalteten Kundgebung wurde eine Entschlieuhng angenommen, in der u. a. die vollständige Abrüstung und das Aufhören der Beherrschung von Kriegstaaten in den Schulbüchern gefordert wird.

Die Sitzung der Minister.

Notifizierung. - Völkerbund. - Zölle. - Bürgerblock.

Heute um 11 Uhr vormittags tritt unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten der Kabinettsrat zusammen. Er wird manche Dinge ruhiger sehn, als sie noch vor zwei Wochen betrachtet worden wären, und so hat in diesem Fall der Grundsatz „Gile mit Weile“ einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Es ist nicht anzunehmen - wir sagen das aus Respekt vor der Intelligenz der Herren Minister - daß sich heute im Kabinettsrat auch nur eine einzige Stimme erheben könnte, um die sofortige Notifizierung der Kriegsunschuld-erklärung vorzuschlagen. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich bereits zu dem Geständnis durchgerungen, daß in der Frage der Notifizierung „der psychologische Augenblick“ verpaßt worden sei. In der „Kreuzzeitung“ freilich - wir sprechen an anderer Stelle ausführlich darüber - verfiel ein Geheimer Justizrat das erworbene Recht der Deutschenationalen, deutschabträglich zu wirken, auch jezt noch auf das allerentschiedenste. Doch auch dies ist nur ein Rückzugsgesicht. Wir zweifeln nicht daran, daß die Deutschnationale Partei in diesem Fall zur Taktik des wohlgezogenen Säuglings entschlossen ist, der zwar zunächst ein wenig schreit, dann aber, wenn er sieht, daß er nichts kriegt, den Finger in den Mund steckt und sich zufrieden gibt.

Nicht ganz so einfach liegt es mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Auch diese Angelegenheit ist, offenbar der Parität wegen, auf die lange Bank geschoben worden. Heute wird man - auch das sagen wir aus Respekt vor der Intelligenz der Herren Minister - in der Reichsregierung allgemein einsehen, daß das ein Fehler gewesen ist. Denn so richtig es ist, Dinge hinaus-zuschieben, die man vernünftigerweise am besten überhaupt nicht tut, so falsch ist es, sich gegen das zu sperren, was vernünftigerweise doch getan werden muß. Deutschland wird in den Völkerbund eintreten, früher oder später, darum wäre es besser gewesen, die überflüssigen Zwischenspiele zu ersparen, die dieses kommende Ereignis begleitet haben.

Von den Dementierkatastrophen, die dabei das Auswärtige Amt betroffen haben, verdient eine noch ein Nachwort. Wenn hier angenommen wurde, herr Stresemann habe sich bezüglich der Unterhaltung von Henley zunächst durch Ungeschick, dann durch Schlimmeres in Widerspruch mit der Wahrheit gesetzt, so sei gern festgestellt, daß sich diese Auffassung nicht festhalten läßt. Freilich, wenn die Engländer behaupten, in Henley sei vom Völkerbund die Rede gewesen, und die Deutschen das bestreiten, so liegt ein unlöslicher Widerspruch vor, der peinlich wirkt. Aber die Sache wird wohl so gewesen sein, daß die Engländer nur englisch gesprochen, die Deutschen nur deutsch verstanden haben und die Vermittlung nicht auf der Höhe gewesen ist. So erklärt sich manches, aber schön ist es so eben auch nicht.

Der Zwischenfall hat nicht verhindert, daß die Bemühungen, Deutschland für den Völkerbund zu gewinnen, fortgesetzt worden sind. Sie waren so herzlich, daß die Fortsetzung des Widerstandes als eine gewollte Unfreundlichkeit empfunden werden mühte. Es wird zu überlegen sein, ob wir in der Lage sind, 1924 nach allen Seiten hin Hilfe erteilen zu können wie 1914 Kriegserklärungen. Zu leicht könnte daraus der Eindruck entstehen, daß mit Deutschland überhaupt keine Politik zu treiben ist, und daß die Deutschen weder sich helfen lassen, noch sich selber helfen können. Eine Entscheidung für die unfruchtbare Negation gegenüber Genf könnte in gleicher Weise einen Wendepunkt der auswärtigen Politik bedeuten wie seinerzeit die unfruchtbare Negation gegenüber dem Haag.

Die Frage ist jezt, ob Deutschland sofort in den Völkerbund aufgenommen werden und sofort den ihm zweifellos gebührenden Sitz im Rat erhalten kann. Die Beratungen der Völkerbundsversammlung nähern sich ihrem Abschluß, das eingetretene Versäumnis fällt zweifellos der deutschen Zauderpolitik zur Last. Die Völkerbundsversammlung wird den deutschen Quertreibern das Handwerk legen, wenn sie sich die Zeit nimmt, einen Antrag Deutschlands sofort positiv zu erledigen und den Deutschen einen Sitz im Rat einzuräumen. Bestrebungen von seiten kriegsneutraler Mächte sind unseres Wissens zurzeit wirksam, um alle Widerstände zu überwinden. Aber selbst wenn die Ansicht durchdringen sollte, daß die Entscheidung formell einer neuen Versammlung im Dezember dieses Jahres zu überlassen sei, läge darin kein Grund, von einem Aufnahmeantrag abzusehen.

Erfolgt er, so werden die Deutschnationalen diesen Vorgang mit einem weinenden und einem lachenden Auge betrachten. Sie hoffen, in längstens vierzehn Tagen in der Regierung zu sein, und da kann es ihnen ja nur passen, wenn diese peinliche Frage schon durch eine zuvor gefällte Entscheidung erledigt ist. Dadurch kommen sie um die Berlegenheit herum, später als Regierungspartei den Eintritt in den Völkerbund besitzworten zu müssen, und Herr Hergt kann die für ihn wie für andere reizende Aussicht, Deutschland als Reichskanzler oder als Außenminister in Genf vertreten zu dürfen, ohne bitteren Nebengeschmack genießen. Da sich die Beratungen des Kabinetts auf die politische

Lage in ihrer Gesamtheit beziehen sollen, wird wohl auch über die Zollvorlage gesprochen werden. Hier wird man sich — auch das sagen wir aus Respekt vor der Intelligenz der Herren Minister — nicht der Einsicht verschließen können, daß trotz alle in einer Zeit, in der die deutschen Preise die Weltmarktpreise wie die Vorkriegspreise übersteigen, eine Ungeheuerlichkeit wären. Auch in der Zentrums-Prese hat man in der letzten Zeit Stimmen von Landwirten vernommen, von denen dieser Standpunkt vertreten wurde. Eine Regierung, die sich rühmt, die Regierung der Mitte zu sein und auf einander entgegengesetzte Wirtschaftsinteressen ausgleichend zu wirken, kann nicht mit so krasser Parteilichkeit die Partei der großagrarischen Ruher der landwirtschaftlichen Grundrente ergreifen! Das zu tun, soll sie der kommenden Regierung überlassen, in der bekanntlich die Deutschnationalen den „maßgebenden Einfluß“ haben werden. Wenn diese ihre Tätigkeit damit beginnt, den armen Leuten das Brot zu verteuern, so tut sie, was ihres Amtes ist. Eine „Regierung der Mitte“ aber soll die Finger davon lassen.

Minister, die sozusagen in vierzehntägiger Kündigung stehen, werden überhaupt gut tun, sich in ihren Entschlüssen auf das Notwendigste zu beschränken. Wer weiß denn heute von ihnen, ob er bleibt oder ob er geht? Herr Dejer, Herr Hamm, Herr Gehler sind auf alle Fälle gezeichnet, ob Herr Marx und Herr Stresemann bleiben dürfen, ist noch ungewiß, darüber, wie in manchen anderen Dingen eben auch, schwanken die Meinungen der Herren vom „maßgebenden Einfluß“ ganz beträchtlich.

Und so gehört die Lage der Regierung auch zur politischen Gesamtlage. Das Kabinett wird nicht umhin können, sich mit seinem eigenen Schicksal zu beschäftigen und aufmerksam den Berliner Pakt zu studieren, dessen Objekt sie bildet. Und da können wir uns allerdings schwer vorstellen, daß die Mitglieder der Regierung es machen werden wie die Kaninchen, die im Stall sitzen und auf den Fellschneider warten, der sie laßt. Politik soll doch schließlich kein Handel mit Ministerfellen, sondern ein ehrlicher Kampf mit geistigen Waffen sein! Eine Regierung, die sich nicht wehren wollte gegen die schmutzigen Zumutungen des Berliner Pakts, die den Kauf von Ministerfellen durch die Hingabe von Ueberzeugungen legalisierte und die den Eintritt in die Macht einer Partei zugestände, die für den Fall der Weigerung mit Lahmlegung der Geschäfte und absichtlicher Schädigung der Reichsinteressen droht, eine solche Regierung würde in der Tat nichts anderes als den schmachvollen Untergang verdienen, der für sie vorbereitet wird.

Wenn die Regierung das Bürgerblock-Schicksal über sich ergehen läßt, ohne an die Volkvertretung und, wenn nötig, von dieser an das Volk appelliert zu haben, beläßt sie sich mit der geschichtlichen Verantwortung für das, was nach ihr kommt.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hatte laut III. gestern abend eine Besprechung mit Lord d'Abernon, dem englischen Botschafter. Die deutsche Regierung hatte vor einigen Tagen in London einige Anfragen über den Eintritt in den Völkerbund gestellt. Die inzwischen bei Lord d'Abernon eingetragene Antwort soll den Gegenstand der Besprechung gebildet haben.

Rache gegen Leinert.

Der Magistrat beantragt Disziplinarverfahren.

Hannover, 22. September. (WZ.) Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, gegen Oberbürgermeister Leinert das förmliche Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung beim Regierungspräsidenten zu beantragen.

Der Staatsrat tritt am 30. September zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Verhandlung stehen neben verschiedenen kleineren Vorlagen: 1. Der Entwurf zu einem Lippe-Gesetz, 2. der Entwurf für eine preussische Verwaltungsrechtsanwaltsordnung.

„Jugend und Bühne“.

Dies war ein Kongreß, den das behördliche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht drei Tage lang in Frankfurt a. M. abhielt — wobei vielen harmlosen Menschen und nicht zum wenigsten auch dem Berichterstatter schwerer gesundheitlicher Schaden zugefügt wurde. Zweck der Uebung war die Vereinerlichung des Schüler- und Lehrentums. Also, wir waren bereit, auch darin eine der wesentlichen Aufgaben der Gegenwart zu erfüllen. Aber was tut man uns an? Es wurde nicht um der Menschheit große Gegenstände gerungen, sondern mit den Lehrgegenständen der Schulmeister Parade gespielt. Das „Ziel der Klasse“ wurde nicht erreicht; nur Religion war gut. Abgesehen von den offiziellen Lobsprüchen und den seligen Empfindungen des Kultusministeriums stand dem kritischen Beobachter fest, daß der Wert der Tagung darin bestand, festgesetzt zu haben, wie man's nicht machen soll.

Drei Tage lang wurde vormittags geredet und nachmittags Theater gespielt, und das alles so laienhaftartig durcheinander und unter geistlicher Vermeidung praktischer Augenwendungen, daß die mit Extraurlaub erschienenen Teilnehmer aus dem Lande nur verwirrt werden konnten. Schon daß man keine Begrenzung auf das Jugendliteraturspiel vornahm und immer wieder in die Bühne des Berufslebens und das Disziplinarspiel der Erwachsenen abwechselte, war ein böses Zeichen. Wenn man so wenig zwischen qualifiziertem und nichtqualifiziertem Lehrentum unterscheidet, wie das hier im Hauptquartier geschah, muß man ernstlich schwere Auswirkungen der auszuführenden Kunsttruppen fürchten. Ließ man es doch sogar zu, daß ein — nicht laienhafter — sondern höchst dilettantischer Regisseur einer frommen „Spielschule“ das Berufsleben an Jünglingen mit „Regieproben“ demonstrierte, die sich in parlamentarischen Ausdrücken nicht charakterisieren lassen. Das war das Eine. Das Zweite war die auffallende christliche Befragung der Tagung durch den Bühnenvolksbund-Verlag. Da war der katholische Autor und Abgeordnete Weismann ehrlich, indem er die christlichen Spiele etwa so kennzeichnete: Dies ist Religion, und wenn es ein Künstler mache, dann sei es Kunst. Leider machte es kein Künstler, und es war erneut eine schwere geistige Niederlage des Bühnenvolksbundes. Das Dritte war die schreckenvolle Erkenntnis, daß die „Bühnenjugend“ — in ihrer Majorität — nur eine neue Quälerei und Memoriererei aus dem zwangsmäßigen Theaterpiel von Kindern machen. Einer hielt sogar eine Rede, in der er ungefähr auseinanderlegte, wie die Gymnasialisten das „Dichten“ lernen können; von der Einsetzung einer Kommission, die den „Demetrius“ und die anderen Fragmente von Klafkern ins Primanerdeutsch übersezt, sah man allerdings ab. ... Also der Kongreß hieß nicht „Jugend und Bühne“, sondern etwa „Schule und Theater-Nachahmung“. Erst wenn er seinen Namen wirklich verdient, wollen wir solche Reuen anerkennen.

Das Positive, das die Tagung brachte, verdient um so mehr Lob. Dies war ein Tanzspiel „Snee wichen“ einer Hamburger Mädchenklasse (Blafsch-Helms), dann ein frischer Sieg der Arbeiterjugend mit „Spielmanns Schuld“, endlich eine interessante Rede von Buschke, der das Bewegungsspiel in Widers-

Anti-Justinian.

Man soll sie hören allebeede.

Die unerwartete Ueberstimmung Justinians in den Spalten des „Vorwärts“ hat bei den Deutschnationalen nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Die Frage der Rechtsgültigkeit des Berliner Pakts will seitdem nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und wird von der deutschnationalen Presse mit unerschütterlichem Ernst behandelt. Ein ausführlicher Schriftsatz des Geh. Justizrats Dr. Th. Wolff in der „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich zunächst nur mit der von Justinian als „Anzahlung“ bezeichneten Rottifizierung der Kriegsschuldenklärung und führt dazu aus:

Wenn eine Verpflichtung ohne ausdrückliche Zeitbestimmung übernommen ist, so ist sie sofort zu erfüllen. Dies ist nicht nur im § 271 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestätigt, und die der Natur der Sache entsprechenden Rechtsregeln gelten, wie die höchsten deutschen Gerichte, auch das Oberverwaltungsgericht (Entsch. 9, 53; 11, 364; 13, 179; 16, 339), ständig angenommen haben, auch für die Verhältnisse des öffentlichen Rechts, sondern ist auch in dem den Gesetzgebung der zivilisierten Staaten zugrundeliegenden römischen Rechte anerkannt. Denn in der 1. 213 pr. Dig. 50, 16 de verborum significatione („über die Bedeutung der Worte“) ist hervorgehoben: „Ein ohne jede Nebenbestimmung abgegebenes Versprechen hat sowohl die Begründung als auch die sofortige Fälligkeit zur Folge“. (Ubi pure quis stipulatus fuerit, et cessit et venit dies) und in der 1. 14 Dig. 50, 17 de regulis juris („über die Rechtsregeln“) ist betont: „In allen Verhältnissen, welchen eine Zeitbestimmung nicht beigelegt ist, ist die Verpflichtung eine sofortige“ (In omnibus obligationibus, in quibus dies non ponitur, praesente die debetur). Deshalb gilt der Satz: „Quod sine die debetur, statim debetur“ (was ohne Zeitbestimmung geschuldet wird, ist sofort zu leisten) überall als ein so selbstverständlicher Grundsatz, wie ein Kongruenzsatz in der Mathematik. Kein Schuldner, der verurteilt ist, 1000 Mark zu zahlen, glaubt, daß er erst dann zu zahlen brauche, wenn es ihm paßt.

Die sofortige Erfüllung des von der Regierung gegebenen Versprechens war auch von beiden Vertragsparteien gemeint. Denn die geforderte Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen sollte und mußte von dem betreffenden Teil der nationalen Partei sofort erfolgen und erfolgte sofort; dieser Leistung war die vertragmäßige Gegenleistung gegenübergestellt, welche daher in gleicher Weise, nicht aber nur so zu erfolgen hatten, wie es der Regierung in unbestimmter Zeit paßen oder gelegen sein werde. Die in den deutschen Zeitungen veröffentlichte Ankündigung der Widerrufserklärung geschah deshalb auch sofort. Diese Ankündigung war aber nur die Kundgebung einer innerlichen Entschließung der Regierung, welcher die Mitteilung an die feindlichen Staaten, an die Gegenpartei, der gegenüber die Kriegsschuld zugestanden war, unmittelbar folgen mußte; denn erst diese Mitteilung kann der vertragsmäßig übernommene Widerruf werden.

Die Aufhebung dieser Gegenleistung ist daher ein Vertragsbruch.

Wir haben um der Gerechtigkeit willen beiden Seiten das Wort gegeben und können der Deutschnationalen Partei nur raten, nunmehr den Klageweg zu beschreiten. Erzielt sie ein obliegendes Urteil, woran bei ihrer Vertretung durch den Geh. Justizrat Dr. Th. Wolff kaum zu zweifeln ist, so kann sie sich nicht nur die Anzahlung, sondern auch den Gesamtpreis von vier Ministerportefeuilles erforderlichenfalls durch den Gerichtsvollzieher holen lassen.

Die Frage freilich, ob Leute, die zu dumm sind, um eine Satire zu verstehen, zur Uebernahme der höchsten Reichsämter befähigt sind, entzieht sich der Prüfung durch die zuständigen Gerichte.

Verichtigung. Am Freitag voriger Woche teilten wir mit, daß nach einer Meldung der „Bremer Volkszeitung“ bei den Manövern der Reichswehr im hannoverschen Gebiet sieben Soldaten und eine Frau von den Geschüßen der Artillerie überfahren und getötet seien. Wir werden von der Pressestelle des Reichswehrministeriums dahin unterrichtet, daß dieser Teil der von uns wiedergegebenen Meldung falsch ist.

Das Ende der Porzellan-Hege.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages für die Porzellanmanufaktur führte am Montag seine Arbeiten zu Ende. Mit Ausnahme der Kommunisten einigte sich der Ausschuß, folgenden Antrag als Ergebnis der Beratungen anzunehmen:

1. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß in der Geschäftsführung der Porzellanmanufaktur nichts Ordnungswürdiges vorgekommen ist und daß bei den Verkäufen an Minister, Abgeordnete und sonstige in der Deffinitivität genannte Personen keinerlei Korruption vorliegt.

2. Die künstlerischen Leistungen der Porzellanmanufaktur sind in den letzten Jahren auf der Höhe geblieben, die der großen Tradition der Porzellanmanufaktur und ihrem Rufe entspricht.

3. Der Handelsminister hat bei der Anstellung des Direktors Dr. Schneider das Staatsrecht unberücksichtigt gelassen, doch hat er sich bei der Berufung Schneiders von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, nachdem er sich über dessen Eignung für die Leitung der Porzellanmanufaktur und für die beschriebene Umstellung des Betriebes vergewissert hat.

Punkt 1 wurden mit allen gegen 2 Stimmen der Kommunisten, Punkt 2 einstimmig und Punkt 3 mit allen gegen zwei kommunistische Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Ausschuß ersucht das Plenum, den Beschlüssen beizutreten.

Bei Rärm um nichts! — so charakterisierte Genosse Osterroth den ganzen Streit um die staatliche Porzellanmanufaktur. Was war das vor einem halben Jahre für ein Geschrei, für ein Getuschel, ein Geschiffel und Gespöttel über sozialdemokratische Miß- und Günstlingswirtschaft, die man dem preussischen Handelsminister Stiering andichten wollte, über bedenkliche Porzellankäufe der Minister usw. Nichts ist übrig geblieben von all dem Rärm, von all der Entrüstung. Die Deffinitivität hat in erster Linie an der Feststellung des Ausschusses, daß keine Korruptionserhebungen vorliegen, ein Interesse. Wertvoll ist dann aber auch die Feststellung, daß der Handelsminister mit der Wahl des Herrn Dr. Schneider keinen schlechten, sondern einen guten Griff getan hatte. Herr Schneider hat sich als Direktor in der Porzellanmanufaktur durchaus bewährt. Das ganze Treiben gegen den „Sozialdemokraten“ und „Juden“, den der Handelsminister zum Direktor der Manufaktur gemacht habe, ist als üble parteipolitische Hege entlarvt worden. Man muß das betonen, weil es sich zu Beginn des ganzen Streites um die Porzellanmanufaktur nicht um die Verletzung des Staatsrechtes durch den Handelsminister, nicht um die angeblich schroffe Entfernung des früheren Direktors Dr. Gohlke und nicht um all die anderen tausend Geschichten und Geschichten gehandelt hat, die im Laufe der Verhandlungen erörtert wurden, sondern lediglich darum, daß gewisse rechtsstehende Persönlichkeiten und der rechtsstehende Teil des Manufakturpersonals einfach keinen Sozialdemokraten als Direktor der Manufaktur haben wollten. Die Hege und Intriganten wollten dem Sozialdemokraten am Zeug flicken. Das ist ihnen nicht gelungen. Sie haben nur eins erreicht: Der Ruf der Manufaktur wurde geschädigt, das Personal in den Manufakturbetrieben gegenseitig verfeindet, und es wird geraume Zeit dauern, bis der Schaden, den die Hege anrichtet hat, wieder gutgemacht ist.

Steuererleichterung für die Landwirtschaft.

Ähnlich wird gemeldet: Einzelne Teile des Reichs sind von schweren Wetzschäden heimgesucht. Zur Kreditnot der Landwirtschaft tritt damit die Not aus der Zerstörung der Ernte und schwere Sorge um das Saatgut. Der Reichsfinanzminister hat mit Rücksicht auf die Schwere der Katastrophe, die damit über Teile der deutschen Landwirtschaft hereingebrochen ist, für bestimmte begrenzte Bezirke, in denen mehr als 50 Proz. der Ernte vernichtet ist, außerordentliche Erleichterungen in der Steuererleichterung gemährt. Hierdurch hofft der Reichsfinanzminister die Sorge der hart um ihre Existenz ringenden Landbevölkerung in den heimgesuchten Kreisen zu mildern und seinerseits dazu beizutragen, daß alle verfügbaren Mittel zur Befestigung des Bodens und damit auch zur Wiederherstellung der Steuerkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung verwandt werden.

torj an Shakespeares „Cymbeline“ praktisch erklärte. Ueberall da, wo ein Künstler an der Zeitung steht und das Jugendspiel in Märchen- und Reigenart bewußt von den Aufgaben der Berufsschauspieler abtrifft, wo Natur und Leben an Stelle der Kunst tritt, ist die Jugendbühne aufgeschlagen. Aber man hörte nicht auf die Stimmen, die den Behörden zuriefen, daß die Jugend sich nur ohne Protektorat durchsetzen könne. Man verschloß sich auch den Gesetzen, die das — häufig zu finanziellen und anderen unklügerischen Zwecken mißbrauchte — Disziplinartheater dem Berufsschauspielertum in den Weg legt, und man schleuderte dem ewigen „guten Willen“, hinter dem sich Talentlosigkeit verkrümelt, kein Anathema entgegen.

Wenn doch diese Tagung „unfertig“ gewesen wäre — statt „angefertigt“! Und wenn wir nur den „Lalen“ neben dem „Bachmann“ gesehen hätten! Aber wir sahen noch ein Drittes: den Pflücker. Diesem und der heiligen Vangeweisse wurde am eifrigsten geopfert —

Wir aber wollen trönen

Mit Staubgewind . . .

Hans v. Zucht.

Abfallhausen.

Von Konrad Seiffert.

Die Abfälle in den Markthallen werden von einer Verwertungsgesellschaft ausgebeutet. Sie sind verpackt. Man verwendet sie als Futter- oder Düngemittel. Besseres als auch Nahrungsmittel. Wer Abfälle mit nach Hause nimmt, bestiehlt eine Privatgesellschaft.

Die Abfälle, die hinter den Markthallen, auf den Zufahrtstraßen zu den Hallen, liegen, werden durch die Gemeinde entfernt. Straßenleger fegen sie zusammen und fahren sie fort.

Die Abfallhausen, die hinter den Markthallen zusammengefaßt in den Rinnsteinen liegen, bergen oft für die hungernden Kostbaren. Apfelsinen, Mandarinen und Bananen liegen da, noch nicht ganz verfault, zwischen Pferdeäpfeln. Halbgetretene Kohlköpfe schwimmen in Lachen braunen Regenwassers. Das ist dort vom Blut getöterter sogenannter Hausiere gerötet, wo ein Kalbstopf ohne Unterteller, durch den Einfluß der Luft schon etwas mitgenommen, mit hohlen Augenhöhlen zwischen Bananenstäben und verfaulten Äpfeln hervorleuchtet.

Hinter den Markthallen reißt das Elend seine hungrigen Augen weit auf, betastet die Abfallhausen und wühlt darin.

Eine alte Frau sah ich, gräßlich krumm zusammengebückt unter der Last ihrer Jahre, die hatte einen Haufen von Rohblättern vor sich und einen Sack an ihrer Seite. Sie wusch jedes Kohlblatt an ihrem schmutzigen Rock ab und legte eins nach dem andern in ihren Sack.

Kinder, ausgewachsen in Höfen ohne Sonne und in Stuben ohne Licht, mit grauen Gesichtern und grauen Händen, sitzen auf dem Abfallhausen. Sie wühlen nach Apfelsinen und Bananen. Der Saft des Pferdeäpfels quillt durch ihre kranken Finger.

Männer und Frauen suchen und suchen und suchen, hunger zwingt zum Bleiben.

Die Polizei will das Suchen der hungernden nicht leiden: es könnte jemand krank werden! Stolz und schrecken die Suchenden auf,

wenn die Polizei kommt und drücken sich scheu um die Ecke, hasten zum nächsten Hausen zurück, wenn die Patrouille verschwunden ist. — Zweihundert Schritte weiter flutet der Großstadterkehe vorbei: Autos und Straßenbahnen, Kutschen und Omnibusse, Dämonen und Herren. Schwach dringt der süßliche Geruch der Fäulnis von den Abfallhausen bis hierher. Die Damen schnuppen mit dem Näschen und die Herren denken: „Das stinkt ja hier zum Rohen!“

Schubert-Chor. Erstes Chorkonzert. (Sibilharmonie.) Schon an der Programmzusammenstellung dieses ersten Konzertes merkte man, daß Sascha Horenstein nicht nur Männerchorleiter, sondern auch Musiker von Klasse ist. Die besten Namen geben sich da ein Rendezvous. Von einer banalen Kleinigkeit ist keine Rede. Nur ist etwas zuviel Ernst, Melancholie und Weinerlichkeit zusammengetrogen. Schließlich ist die Hauptdomäne des Männerchors doch immer Wein, Weib und die schöne Natur. Von Béla Bartók drei sehr gediegene „slowakische Volkslieder“ sind zwei sehr sentimental, während beim dritten das stürmische slawische Temperament losbricht. Zwei erste Chöre, „Die Nacht“ von Schubert, und die imposant gesungte „Allmacht“ von Paul Lachner folgen. Selim Palmgrens liebliches „Wegensied“ ist sehr notwendig, um seine endlosen „Tränen“ versiegen zu machen. Am Anfang stehen zwei wehmütige oder sehnsüchtige alte bekannte Volkslieder von Heinrich Isaac und A. de la Hufe. Ein neapolitanischer Gassenhauer, von Regger bearbeitet, ist ein markiger, mitreißender Sözlager. — Trotz der kleinen Ausstattung bezug auf das Stimmungsverhältnis im Programm, an dem aber das andächtige Publikum keinen Anstoß nahm, war das Konzert ein nahezu reifer Genuß. Der stimmlich gut fundierte Chor hat eine gesungene Kultur in allen Stimmen, namentlich dem gutgedeckten Tenor, die bei Männerchören nur an der obersten Spitze zu bemerken ist. Sascha Horenstein läßt keine fertigen oder musikalischen Nuancen außer acht, wenn auch naturgemäß einsteilen noch das Technische das Musikalische etwas überwiegt. Mag Soal verschönte das Nachmittagskonzert durch mehrere Harfeneintlagen. Maurer.

Das Prunkvergnügen der Filmbösa. Zeitungsanzeigen zufolge sollte bei der Feuerbestattung einer sieben aus tragliche Weise aus dem Leben geschiedenen, bekannten Filmbösa ein Prunkmahl im Werte von 150 000 Goldmark mit eingebrannt werden. Dies unterließ jedoch im letzten Augenblick, weil man sich anscheinend darauf besonnen hatte, daß die sinnlose Verwüstung so hoher Werte nicht mit der Not der Zeit in Einklang zu bringen sei. Es würde ein dauerndes, ehrendes Andenken an die junge Künstlerin bedeuten, wenn man den Ertrag dieses ursprünglich zur Verbrennung bestimmten Mahls für eine Stiftung zugunsten armer Künstler verwendete.

„Kulturarbeit“ in Belgisch-Kongo. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Ein amerikanischer Missionar, der lange in Belgisch-Kongo lebte, erklärte dem früheren sozialistischen Arbeitsminister Wauters, im Kongo richte der Alkoholismus große Verheerungen an. Trotzdem die Einfuhrzölle teuer sind, werde viel Alkohol konsumiert und außerdem werden große Mengen davon eingeschmuggelt. Viele Handelsagenten, die einige Jahre dort lebten, seien durch den

Gewerkschaftsbewegung

Bauunternehmer und Arbeitszeit.

Von den Verhandlungen der Tagung des Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverbandes gibt WTB, einen längeren Bericht, der sich hauptsächlich um die Arbeitszeit dreht. Nach diesem Bericht sind die Unternehmer im Baugewerbe eifrig bestrebt, zu einer Belebung, Berücksichtigung und Verbesserung der baugewerblichen Produktion zu gelangen, doch stoßen sie dabei auf Hemmnisse wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur. Dementsprechend, die Bauarbeiter sollen länger arbeiten um niedrigeren Lohn, aber das wollen sie nicht. Deshalb bekommen wir auch keine neuen Wohnungen. Die Bauarbeiter haben zwar den Unternehmern Vorschläge zur Reorganisation ihrer Betriebe gemacht, um billiger zu bauen. Sie haben in ihren Bauhütten auch gezeigt, daß und wie sich das machen läßt. Die Bauarbeiter haben dabei jedoch wahrscheinlich zu wenig an den Profit der Unternehmer gedacht, so daß diese auf die Verbesserungsvorschläge der Arbeitervertreter nicht weiter eingegangen sind.

Am Baugewerbe war alles in bester Ordnung:
Im Jahre 1923 erreichte der Tarifgebote für das Gebiet der Bauausführungen, einen Höhepunkt. Fünf Reichstarifverträge für Arbeiter, für Poliere, für Schichtmeister, für technische und für kaufmännische Angestellte waren als Rahmenverträge in Kraft, in den Bezirken durch Bezirksverträge ergänzt. Wenn heute, nachdem Ende März 1924 der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe (für Arbeiter) abgelesen und bis jetzt nicht erneuert worden ist, der Tarifgebote einen harten Stoß erlitten hat, so ist daran, sonderbar genug, ein Eingriff der Regierung schuld, der eigentlich dazu bestimmt war, den Abschluß von Tarifverträgen zu fördern. Wir meinen die geltende Verordnung über die Arbeitszeit. Nachdem durch einen Beschluß des Reichswirtschaftsrates für die Bauwirtschaft im Sommer die neunstündige Arbeitszeit empfohlen war, nachdem auch in anderen Ländern für die Saisonbetriebe besondere Ausnahmen geschaffen waren, wäre es das Beste gewesen, in der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 ebenfalls eine ausdrückliche Regelung für die Saisonbetriebe zu treffen. Das ist nicht geschehen. Eine Regelung ist zwar zulässig, aber nur durch Tarifvertrag, doch heißt sie muß mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Der Versuch, zu einem Tarifvertrag zu gelangen, hat im Jahre 1924 unermüdete Arbeitskämpfe und zahllose Verhandlungen ohne jedes Ergebnis zur Folge gehabt. Auch das wiederholte Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums und schließlich ein für das ganze Reich erlassener Schiedspruch waren ergebnislos. Der Grund liegt darin, daß dem Tarifvertrag etwas zugemutet wird, was er nicht leisten kann. Die Gewerkschaften sollen eine Theorie aufbauen oder durchsetzen, an der die bekanntlich sehr radikalen Bauarbeiter mit Zähigkeit festhalten.

Der Tarifvertrag soll die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe hat diese Aufgabe erfüllt, so lange, bis die Unternehmer auf den Notfall kamen, die Arbeitszeit um täglich eine Stunde zu verlängern. Die „sehr radikalen“ Bauarbeiter haben an acht Stunden Arbeit, vielfach Akkordarbeit, gerade genug, zumal ihre Arbeitsstätten ständig wechseln und sie nicht im Auto hinfahren können, sondern meist recht viel Zeit brauchen für die Wege hin und zurück. Kurzum, die Herren Bauunternehmer haben eingesehen, daß ihre Arbeiter sich weder auf dem Wege der Tarifverhandlungen noch auf dem der Aussperrung eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde aufhalten lassen. Sie haben daher diese Ueberzeugung in einer Resolution festgelegt, um ihre bescheidene Forderung zu begründen, daß

„eine eindeutige und unmittelbare Regelung durch Gesetz, die sich nicht darauf beschränkt, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Regelung zu überlassen, sondern für die Bauwirtschaft eine Arbeitszeit vorschreibt, die den Ausschluß für die genannten Arbeitsausfälle schafft und die gleichmäßig der Kostlage der Wirtschaft Rechnung trägt.“

Nicht etwa im Interesse der Bauunternehmer — heillos nicht — sondern:

„Im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft muß erwartet werden, daß sich Reichsregierung und Reichstag diesem ersten Appell nicht verschließen werden.“

Das heißt, die Bauarbeiter sollen gesetzlich gezwungen werden, täglich neun Stunden zu arbeiten. Eine Gesetzgebung, die derartiges beschließen würde, nicht ganz in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen — könnte aber nicht am der Frage vorübergehen, wozu die Bauarbeiter im Winter leben sollen, in der Zeit, in der nicht gebaut werden kann.

Der Reichstarifvertrag zwischen Unternehmern und Arbeitern des Baugewerbes würde wahrscheinlich noch heute bestehen, wenn nicht die Arbeitszeiterordnung die Unternehmer geradezu mit der Nase darauf gestoßen hätte, die Arbeitszeitbestimmung im Tarifvertrag zu kündigen. Die Bauunternehmer beriefen sich bei ihren Verschlechterungsanträgen zum Tarifvertrag, die „nur“ etwa 150 Punkte betrafen, auf den „Druck der Industrie“.

Dieselben Unternehmer des Beton- und Tiefbaugewerbes, die hier die Macht des Gesetzes anrufen, um die Arbeitszeit zu verlängern, behaupten im Laufe ihrer Beratung, daß dies durchaus überflüssig sei. Es sei vielmehr auf dem Wege der Praxis eingeführt, was durch Verhandlungen nicht zu erreichen war. Obwohl die Akkordarbeit in dem Reichstarifvertrag vor zwei Jahren nicht einmal mehr erwähnt worden sei, sei sie jetzt durch die Praxis herbeigeführt.

Was die Arbeitszeit anlangt, so wird heute, soweit die Bauwirtschaft überhaupt in Gang gekommen ist, auf den Baustellen draußen, die im Sommer zur Verfügung stehende Zeit bereits in großem Umfange durch Mehrarbeit über den achtstündigen hinaus ausgenutzt. Das ist die Praxis, wie sie sich gegen die gewerkschaftliche Theorie durchzusetzen beginnt.

Trifft dies zu, dann dürften die Unternehmer ja nur etwas Geduld haben, bis dieser Prozeß beendet ist. Allein sie scheitern ihrer Theorie von der Praxis nicht recht zu trauen.

„Freilich“, — sagen sie — „sind daneben Kämpfe und dauernde Beunruhigungen und damit schwere Schäden für die Wirtschaft aus dem ungelärten Rechtszustand zu verzeichnen.“

Die Klage in der Entschließung, der Versuch der drei zentralen Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Bauindustrie, den Bauarbeitern durch Tarifvertrag eine längere Arbeitszeit aufzuerlegen, sei in der doktrinären Haltung der Gewerkschaften gescheitert, bedeutet für die Gewerkschaften ein Lob. Sie seien nicht zu befehlen,

„daß die schematische Anwendung des Achtstundentages in einem Saisongewerbe, das im Winter durch Frost und Nichteinhalten, während der übrigen Monate durch die Witterung starke Arbeitsausfälle erleidet, als sinnlos erscheinen muß.“

Sinnlos ist es vom Standpunkt der Arbeiter aus, daß sie neue Stunden arbeiten sollen, um schließlich keinen Pfennig mehr zu verdienen, als in acht Stunden. Die Differenz läme nicht etwa der Volkswirtschaft, sondern dem Unternehmertum zugute. Arbeiten alle Bauarbeiter acht Stunden, kann sehr viel gebaut werden. Wo aber und wann es notwendig ist, Ueberstunden zu machen, werden sie geleistet, was die Unternehmer beständig haben.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Das Sachverständigen-Gutachten und das Londoner Abkommen. — Der Dabbes- und Mac-Renna-Bericht. — Der neue Reparationsplan. — Die Folgen der Durchführung für den Staatshaushalt, die Wirtschaft und die Währung. — Folgen für die Arbeitnehmerchaft. — Der Standpunkt der Arbeitnehmerchaft. — Die politische Seite. — Lehrgang an der Berliner Gewerkschaftsschule. Lehrer: Dr. Karl Nierenhoff. Beginn: Montag, den 13. Oktober 1924, abends 7 Uhr, im Sophien-Ryrum, Weinmeisterstraße 16/17. Anmeldungen bei den Verwaltungen der Verbände und im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engelstraße 24/25, Zimmer 6. Hörerbeitrag 1 Mk.

25 Jahre Fabrikarbeiterverband in Erfner.

Heute, am 23. September, besteht in Erfner der Fabrikarbeiterverband 25 Jahre. Sieben Kollegen gründeten damals eine selbständige Zahlstelle des Verbandes. Sofort nach der Gründung leiteten die Begründer eine lebhafteste Agitation ein, mit dem Erfolg, daß 14 Tage später die Mitgliederzahl 130 betrug. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß unser Genosse August Poike, der heute noch Funktionär des Verbandes ist, in den 25 Jahren nicht nur das Banner der Gewerkschaft hochgehalten, sondern überall, wo sich Gelegenheit bot, für die Bewegung geworben und gekämpft hat. Die älteren Genossen können es verstehen, was es im Jahre 1899 bedeutete, Agitator für die Arbeiterbewegung zu sein. Trotz Schikanen, Mordregulierung und schwarzen Listen hat sich der Genosse Poike von den Unternehmern nicht murbe machen lassen; Weis stand er im Kampfe für die Forderungen der Arbeiterchaft an erster Stelle.

Wir wünschen dem Genossen Poike, daß er noch recht lange seine Tätigkeit als Funktionär für die Arbeiterbewegung ausüben kann. Seit dem Jahre 1919 gehört Erfner zur Zahlstelle Berlin des Fabrikarbeiterverbandes und bildet einen Bezirk desselben. Auch in Erfner sind die Drängen und Wirrungen der Nachkriegszeit an der Arbeiterchaft nicht ganz spurlos vorübergegangen. Aber auch unter den Fabrikarbeitern in Erfner bricht sich wieder die Erkenntnis Bahn, daß nur gut ausgebaute Organisationen ihren Zweck erfüllen können, um ein Schutz für die Arbeiterchaft und ein Bollwerk gegen profitgierige Unternehmer zu sein.

Notvereinbarung im Böttchergewerbe.

Der Böttcherverband teilt uns mit, daß er mit der Freien Arbeitgeber-Vereinigung im Böttchergewerbe ein 3. Lohnabkommen vereinbart hat. Dasselbe gilt vom 27. Sept. bis 15. November und sieht Löhne vor von 95 Pf. pro Stunde für Böttcher und von 78 Pf. für Hilfsarbeiter. Das Lohnabkommen bildet einen Bestandteil des Tarifvertrages für das Böttchergewerbe für das Gebiet der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, der Stadt Potsdam und Werder a. d. O.

Bismarckbündler und Gesetzesverächter.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben:

Der Bäckermeister Hildebrand, Berlin, Glogauer Str. 17, welcher sich rühmt, Bismarckbündler zu sein und immer einen Teil dieses Bundes bei sich beherbergt, kann sich durchaus nicht an die gesetzlichen Bestimmungen des Nachbaderbotes für Bäcker gewöhnen. Verschiedenen Kontrollen der Gehilfen wie der Meister, die einwandfrei feststellten, daß Herr Hildebrand nichts zwischen 1 und 2 Uhr mit zwei Gehilfen tätig war, bestritt Herr Hildebrand diese Tatsache und wollte durch ein von ihm geführtes „Bachbuch“ beweisen, daß er so wenig Arbeit hat, daß er eigentlich Gehilfen überhaupt nicht beschäftigen brauchte. Als die Glaubwürdigkeit dieses Bachbuches angezweifelt wurde, verwahrte er sich dagegen, da er selbst in der Steuerkommission säße. Von anderer Seite aus wurde festgestellt, daß Herr Hildebrand ständig zwei Gehilfen beschäftigte, diese allerdings nicht durch den partiellen Arbeitsnachweis bezieht, sondern durch Zeitungsannoncen aus Schlessen usw. kommen läßt. Die Art, wie H. mit diesen Gehilfen umspringt, wird demnächst noch vor Gericht zum Austrag kommen.

„Revolutionäre Betriebsräte“.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Deutschen Werke Hafelhorst erfuhr uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme einer Berichtigung unserer unter vorstehender Ueberschrift in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 15. d. M. veröffentlichten Notiz. Obwohl der Fraktionsvorsitzende der SPD, kein Recht hat, die Aufnahme einer Berichtigung zu verlangen, geben wir sie hiermit wieder: „Im Fall Probst hat die Fraktion sofort nach Bekanntwerden der Verhörungen des B. diesen gezwungen, aus dem Betriebsrat auszutreten, ferner hat sie seinen Austritt aus der Partei beantragt. (Wiso stimmt unsere Mitteilung von dem Verhalten dieses „Revolutionärs“!) Es trifft nicht zu, daß der Kollege Semrau bei der Direktion gebittelt hat um Zurücknahme der Kündigung seines Sohnes (haben wir auch nicht gesagt!), sondern das Arbeitsverhältnis ist mit dem Sohn des S. anfangs August geregelt worden, ohne daß S. davon etwas wußte, und zwar durch den Abteilungsleiter. (Offenbar weiß S. auch heute noch nichts davon.) Es trifft auch weiterhin nicht zu, daß an Stelle des jungen S. ein anderer gehen mußte. Erst Ende August hat sich der Kollege Semrau beim Personalchef wegen der Art des nammentliche Arbeitsverhältnisses und der Entlohnung seines Sohnes erkundigt. (Wiso doch „erkundigt“.) Durch seinen Sohn selbst konnte er es nicht erfahren.) Nun zum Kollegen Prenzlau. Es ist wahr, daß er eine Karte aus Rußland an die Direktion geschrieben hat, aber nicht um Kartengrüße auszutauschen,

sondern um der Direktion mitzuteilen, daß er seinen vierwöchigen Urlaub wegen besonderer Verhältnisse überschreiten müsse“. (Andersfalls er — mit herzlichen Grüßen — Generalfreist und Diktatur des Proletariats erklären werde. So sehen sie aus, die „revolutionären“ Betriebsräte!)

Lohnregelung in der englischen Schuhindustrie.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der englischen Schuhindustrie sind nach langwierigen Verhandlungen zu einer Vereinbarung gelangt, die einen Mindestlohn von 60 Schilling in der Woche und eine Reihe weiterer Zugeständnisse an die Arbeitnehmer vorsieht. Die Vereinbarung, die 100000 Arbeiter betrifft, sichert den Arbeitern in der Schuhindustrie bis zum Oktober 1926.

Die gewerblichen Spitzenverbände zur Kleinhandelssteuer. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels teilen mit: In den letzten Tagen ist in der Presse verbreitet worden, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels einen von beiden Spitzenverbänden verfaßten Gesetzentwurf über die Kleinhandelssteuer den zuständigen Regierungsstellen übermitteln hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß diese Nachrichten völlig unzutreffend sind. In den Steueraussschüssen beider Spitzenverbände ist anlässlich der Frage der Reform des Umsatzsteuerrechts neben den bekannten Reformvorschlügen selbstverständlich das System der Kleinhandelssteuer erörtert und einer Prüfung unterzogen worden. Die Arbeiten der betreffenden Kommission sind jedoch noch nicht abgeschlossen, wenn auch beschlossen worden ist, den Gedanken der Kleinhandelssteuer zur Diskussion zu stellen, da eine Systemänderung der Umsatzsteuer unter allen Umständen in schnellster Weise erreicht werden muß. Eine Festlegung der beiden Spitzenverbände auf ein bestimmtes System liegt jedoch nicht vor. Der in der Presse veröffentlichte Entwurf stellt einen Rohentwurf einer Unterkommission vor, der offenbar durch Indiskretion unter gänzlich falschen Voraussetzungen der Presse übermittelt worden ist. — Also ein Rückzug! Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat beim Reichsfinanzminister scharfen Protest gegen das Projekt einer Kleinhandelssteuer erhoben und verlangt, daß das Reichsfinanzministerium energisch von dem Plan abtrüdt. Dieser Protest dürfte erledigt sein, nachdem die Spitzenverbände selbst sich nicht mehr zu der Kleinhandelssteuer bekennen.

„Der Freie Beamte“, die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Beamtenzentrale) herausgegebene Halbmonatsschrift für die parteigenösslichen Beamten, erscheint jetzt wieder. Die Zeitschrift wird wie vor dem von dem Genossen Hermann Wäger, dem Leiter der Beamtenzentrale, redigiert. „Der Freie Beamte“ brachte in seiner zwölftseitigen Sondernummer für September eine programmatische Erklärung der Redaktion über die Grundzüge, von denen er sich leiten läßt.

„Kampf für die Republik, für den modernen Volksstaat, für den Aufbau für Demokratie in den Verwaltungen... Für die Weimarer Verfassung, für die in ihr garantierten staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte der Beamten, für ihre Befreiung aus rechtlicher, geistiger und wirtschaftlicher Not; für den sozialen und kulturellen Aufstieg des Beamtenproletariats.“

Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. Der „Freie Beamte“ kann bei jeder Postanstalt bestellt werden.

Verband der... Sektionsversammlung der... heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Vollständigen Besuch erwünscht. Die Sektionsleitung.

Aus der Partei.

Konferenz der Parteibuchhändler.

Im Anschluß an eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Parteipresse findet am Montag, den 6., und Dienstag, den 7. Oktober, im Sitzungssaal des Parteivorstandes, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, eine Konferenz der Parteibuchhändler statt. Beginn am Montag vormittag 9 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. Stern-Frog über die Kulturtaufgabe des sozialistischen Buchhändlers.
2. Unser Buchvertrieb.
3. Der Zeitschriftenvertrieb.
4. Unser Bücherkreis.

Die Einladung ergeht hiermit an alle Buchhandlungen, soweit sie zu unseren Parteiunternehmungen gehören. Wegen der Wichtigkeit der Tagung erlauben wir, überall dafür Sorge zu tragen, daß jede Buchhandlung unbedingt vertreten ist.

Der Parteivorstand.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr:

Gesundbrunnen II: Schule, Wiesen, 100 Poststraße. Vortrag: „Geschichte der freien Gewerkschaften.“ — Reutchen III: Jugendheim, Rosenthaler Str. 33. Nationalsozialistischer Wandervogel. — Reutchen VI: Jugendheim, Schielestraße 41. Glöcknerabend. — Reutchen VII: „Schock“, Reichenstraße 48. Vortrag: „Erneute Freggen“, Fortsetzung. — Glöckner: Jugendheim, Bohnenstraße 30. Vortrag: „S.A., S.D., R.A. und Republik.“ — Steglitz II: Jugendheim Volkswirtschaftl. Str. 3. Vortrag: „Warum sind wir Revolutionäre?“ — Südost S.-E.: Schule, Gölzler Str. 4. Vortrag: „Die Zehnminuten von 1779.“ — Wexen: Bauergewerkschaft, Raritätenbaum 141. Vortrag: „Wexen“.

Verbandsrat Wedding. Heute abend 10 Uhr Vortragabend des Kreises in der Aula Gendarmenstr. 2, nicht wie bisher am 10. und 12. im Schillerpark. Nur Unkostenbeitrag. Die Genossen Dreyer spricht über: Lebensform — Neue Wege — Neue Gesellschaft. Die mit der Veranstaltung verbundene Ausstellung der „Berliner Arbeiter“ kann bereits von 6 Uhr ab besichtigt werden. Besucht den Abend geschlossen. Alle Mitglieder des Kreisverbandes müssen erscheinen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ulrich Catenius; Gewerkschaftsbewegung: J. Heiner; Revision: Dr. John Schlimm; Polizei und Sonstiges: Felix Rappelt; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, circa 2 Zeilen.

HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der
Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

KRESSIN **ZIGARETTEN**
MOHAR 5 & in Blechpackung Die Marke des Qualitätsrauchers
MOHAR LUXUS 8 & Die Marke des Feinschmeckers

Die große Wäsche.

Die große Wäsche war von jeher das Schmerzenskind der Hausfrau. Dennoch waren alle Hausfrauen wohl immer froh, wenn sie über genügend Zeit und Geld verfügten, um ihre Wäsche sauber in Ordnung halten zu können. Krieg und Inflation haben hier alte Gewohnheiten geändert, und nur langsam vollzieht sich jetzt eine Wandlung zum Besseren.

Die Wohnung als Waschräum.

Die Arbeiterfrau, die täglich beruflich tätig sein muß, um den fargen Lohn, den der Mann nach Hause trägt, durch ihre fast immer viel zu niedrigen Einkünfte zu erhöhen, wird selten an die „große Wäsche“ denken können. Nicht genug, daß sie wie der Mann in täglicher Berufsarbeit sich abradern muß, zwingt sie die Sorge um den Haushalt zum weiteren Schaffen, wenn eigentlich Feierabend sein sollte. Von vielen dieser Arbeiterfrauen wird geradezu Unmenschliches verlangt und geleistet. Diese Frauen haben keine Zeit, an mehreren Tagen in der Waschküche des Hauses ordnungsgemäß ihre Wäsche zu waschen. Sie müssen die Küche der Wohnung dazu benutzen. Das ist in gesundheitlicher Hinsicht außerordentlich bedauerlich. Die Familie, deren Mitglieder oft genug eng gedrängt zusammen haufen, atmen dann auch des Nachts die ungesunden Dünste ein, die durch das Abladen und Säubern der Wäsche entstehen. Die Küche selbst leidet nicht minder, und so tragen die Verhältnisse dazu bei, den Aufenthalt in der Wohnung selbst noch unfreundlicher zu machen, als es oft genug schon ohnehin ist. Wer in der Lage ist, Wäsche auf längere Zeit (14 Tage bis 4 Wochen) zu sammeln, sollte stets die Waschküche und auch die Trockenböden des betreffenden Hauses benutzen. Der Zustand der Waschküchen war in der Inflationszeit in den meisten Häusern derartig, daß man sie nicht benutzen konnte. Die Neuregelung der Miete, die feste Zuschläge für große Instandsetzungsarbeiten vorsieht, hat viele Birtie veranlaßt, Waschküchen und Trockenböden wieder gebrauchsfähig machen zu lassen. Die Gefahr, daß Wäschemarder das kostbare Gut von den Trockenböden stehlen, ist geringer geworden.

Selber waschen oder nicht?

Eine weitere Frage, die die Arbeiterfrau allerdings nur mittelbar interessiert, ist die, ob es sich empfiehlt, die Wäsche außerhalb des Hauses waschen zu lassen, um sie schrankfertig wieder hereinzubekommen. Wer stets eine größere Summe Geldes für diese Zwecke bereitstellen kann und wer in der Lage ist, häufiger abgebrauchte Stücke ersetzen zu können, der möge seine Frau von der Last der großen Wäsche befreien. Leider müssen die meisten Menschen, die von der Hand in den Mund leben, darauf verzichten. Sie müssen danach streben, die Wäsche möglichst zu schonen, um sie lange gebrauchsfähig zu halten. Wenn die Waschanstalten auch versichern, daß sie die ihnen anvertraute Wäsche äußerst schonend behandeln würden, so bringt der Betrieb es dennoch mit sich, daß sie der Wäsche die besonders große Sorgfalt nicht angedeihen lassen können, wie die Hausfrau, die jedes ihrer Stücke genau kennt und weiß, wie sie es zu behandeln hat. Trotzdem muß zur Ehre der Wäschereibetriebe zugegeben werden, daß die Behandlung der Wäsche ständig mit der Perfectionierung der Betriebe besser geworden ist. Das wesentlichste bei der Wäsche ist das Waschen und Spülen. Man sollte sie mit Ausnahme derjenigen Stücke, die eine Sonderbehandlung erfordern, ein bis zwei Tage in kaltem Sodawasser liegen lassen und sie dann abkochen. Danach kann das eigentliche Waschen beginnen. Nach dem Waschen ist jedes Stück mehrfach in klarem Wasser durchzuspülen. Viele Hausfrauen behandeln die Wäsche mit Chlor, um sie besonders klar zu bekommen. Es möge aber darauf hingewiesen werden, daß Chlor das Gewebe angreift und so die Haltbarkeit vermindert. Nach dem Spülen wird die Wäsche gebäut und zum Trocknen aufgehängt. Rollen und Plätten vollenden das Werk.

Preise.

Die Kosten einer großen Wäsche sind natürlich sehr verschieden. Einen Vergleichsmaßstab für die Kosten ergeben die Preise, die von Waschanstalten gefordert werden. Nach einer vorliegenden Rechnung einer Waschanstalt aus den letzten Tagen werden folgende Preise gefordert:

Damentaghemden . . .	ca. 15 Pf.	Stubenhandtücher . . .	ca. 5 Pf.
Damennachthemden . . .	20	Küchenhandtücher . . .	5
Damenbeinkleider . . .	15	Badeuch	50
Unterrod	20	Bettuch	20
Untertafel	10	Bezug (groß)	30
Schürze	20	Bezug (bunt)	25
Tischtuch (je nach Gr.) . . .	30-20	Kopfstissen	20
Kaffeetuch (desgl.)	30-20	Taschentücher	5
Serviette (desgl.)	10		



Alles in allem bleibt die Wäsche immer eine teure Angelegenheit, auch wenn sie im Hause selbst gewaschen wird. Stellte man dabei noch die aufgewendete Arbeitszeit in Rechnung unter Zugrundelegung ausreichenden Lohnes, so würde sich wahrscheinlich die große Wäsche im Hause teurer stellen, als die Preise der Waschanstalten. Auch hier zeigt sich die Ueberlegenheit des Maschinenbetriebes gegenüber der Handarbeit, und es war noch immer ein Zeichen wirtschaftlicher Rückständigkeit, wenn sich verbesserte Arbeitsoersahren, die große Erleichterungen bringen, nicht in dem Maße durchsetzen, wie es notwendig wäre.

Der tägliche Straßenbahnzusammenstoß. An der Ecke Brunnen-Vollstraße ereignete sich gestern nachmittags 4 Uhr ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen dem Triebwagen der Linie 24 und dem Kraftwagenanhänger der Firma Brest & Co., Wollanstraße. Dabei wurde die vordere Plattform des Straßenbahnwagens vollständig zusammengedrückt. Verletzt wurden der Kaufmann Wilhelm Busch, Tempelhof, Dittlarstr. 13, sowie der Zimmermann Kurt Damrich, Schöneberg, Schloßallee 13. Busch erlitt einen Unterarmbruch und Kervenschuß und mußte nach

dem Birchow-Krankenhaus abtransportiert werden. Damrich erhielt eine Hautabschürfung am Unterschenkel und konnte nach Anlegung eines Rotverbandes von der Rettungsstelle Brunnenstraße entlassen werden.

Der Frauenmord bei Friedrichshagen. Die Persönlichkeit der Toten festgestellt.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei zu dem Lustmord in Friedrichshagen haben zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten geführt. Es ist die 23 Jahre alte Arbeiterin Klara Ulbrech, die zuletzt in der Sedanstr. 96 in Weihensee bei einer Frau Garz gewohnt hat. Der Junge ist ihr Sohn, der noch nicht ganz 5 Jahre alte Herbert. Bei der Frau Garz, die eine Verwandte von ihr ist, hat Frau Ulbrech seit drei Monaten gewohnt. Von ihrem Manne lebt sie seit 4 Jahren getrennt. Am 3. Oktober d. J. war ein Scheidungstermin angesetzt. Sie erwarb ihren Lebensunterhalt durch Aufwartestellen. Verschiedentlich hat sie auch Stellungen auf dem Lande innegehabt, z. B. in Bernau bei Berlin. Darum fiel es ihrer Verwandten auch gar nicht weiter auf, als sie am 11. September dieser sagte, daß sie eine Stellung außerhalb Berlins angenommen habe. Sie nahm jedesmal ihr kleines Kind mit sich. Sie packte alle ihre Sachen in einen großen Koffer und nahm auch außer ihrer ganzen Barschaft die Prozeduren ihres Scheidungsprozesses mit. Von der Sedanstraße aus ging sie nach der Stargarder Straße zu einer Bekannten. Auch hier erzählte sie, daß sie nach außerhalb in Stellung ginge. Von hier entfernte sie sich, ohne eine genauere Angabe über ihren neuen Aufenthaltsort zu machen und ist seitdem nicht mehr gesehen worden. Frau Ulbrech selbst wird als eine arbeitame und fleißige Frau geschildert, die mit großer Liebe an ihrem kleinen Herbert hing. Als sie vor zwei Jahren wegen Unterernährung ins Krankenhaus kam, brachte sie vorher das Kind in einem Waisenhaus unter. Nach ihrer Genesung arbeitete sie sofort wieder und nahm das Kind wieder zu sich. — Die Handtasche, die bei ihr gefunden wurde, gehört der 12 Jahre alten Tochter der Frau Garz. Frau Ulbrech ist durch wirtschaftliche Verhältnisse und die eheischen Zerwürfnisse bei bitterer Armut gekommen. Den schwersten Schlag verlegte ihr der Waaan, der, als sie an Entkräftung im Krankenhaus lag, alle Wirtschaftsgüter verkaufte. Die Kriminalpolizei ist nun weiter damit beschäftigt, festzustellen, wo sich Frau Ulbrech nach dem 11. September aufgehalten hat. Alle Personen, die hierüber Mitteilungen machen können, werden gebeten, diese zur Kenntnis der Kriminalkommissare Genat und Wächter im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums zu bringen.

Zu dem Leichenfund zwischen Gadow und Neu-Glienide in der Staatsforst Neudorf bei Dörfow können wir neue Einzelheiten mitteilen. Die Ermittlungen haben jetzt eine Wendung genommen, so daß man doch an einen Raubmord glauben muß. Es ist dabei von der Staatsanwaltschaft in Neuruppin ein Berliner Kriminalkommissar angefordert worden. Wie noch erinnert sein wird, wurde am Freitag, den 12. d. M., von einem Kadsfahrer auf dem halben Wege zwischen Gadow und Neu-Glienide die Leiche eines Mannes an einer Kiefer erhängt aufgefunden. Nachdem man nun den Toten in der Perion des Obsthändlers Louis Diehner aus Demmin in Pommern festgestellt hatte und bei seinen Familienangehörigen Einzelheiten in Erfahrung gebracht hatte, scheint sein Grund zum Selbstmord vorzuliegen. Diehner betrieb in Demmin in der Heiligegeiststraße ein Obstwarengeschäft. Zweimal in der Woche fuhr er nach Berlin, um Obstverkäufe zu machen. Am 8. September fuhr er wieder fort, und zwar zuerst nach Putzig zu seiner Tochter. Bei ihr traf er am 9. ein, und seitdem fehlt jede Spur von ihm. Da er in Demmin nur eine kleine Wohnung hatte, beabsichtigte er in Berlin oder anderswo ein größeres Geschäft mit einer größeren Wohnung einzurichten. Zu diesem Zwecke steckte er sich auch 400 bis 500 Mark ein. Diehner hatte eine an sich ungewöhnliche Angewohnheit, die ihm aber in diesem Falle wahrscheinlich zum Verderben geworden ist: er renommierte mit seinem Geld und zeigte es auch. So ist anzunehmen, daß er falschen Vermittlern in die Hände gefallen ist. Die 8 Meter lange Rauleausrischnur war mit den Enden oben in der Kiefer befestigt, die Schleiße war kreuzförmig um den Hals gelegt, und so hing der Körper in halbseitiger Stellung mit dem Rücken an den Stamm gehängt. Der dortige Arzt behauptet, daß er sich unmöglich selbst die Schlinge so umgelegt haben könne. Es fehlte das Geld und eine silberne Uhr mit zwei Goldringen (Schweizer Fabrikat). Ein bei dem Toten gefundener Handstock, ein alter kleiner Trommelrevolver und eine Begelearte sind noch Auslagen der Angehörigen

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nergö.

Ja, sie war eine harte Natur. Und nun lag sie da und konnte nicht einmal schimpfen, so krank war sie. Wenn sie es nur überstand! Frank wurde es schwerer und schwerer ums Herz. Noch nie war er auf den Gedanken gekommen, daß sie krank werden, geschweige denn sterben könnte. Was sollte denn dann aus ihm werden, aus ihm, der in Wirklichkeit gar nicht besonders kräftig war. Natürlich konnte er wieder anfangen zu nähen und, wenn es notwendig war, am Sonntag die Haare zu schneiden. Das war ja früher, bevor die Frau es übernahm, seine Tätigkeit gewesen. Aber wie lange hielt er das aus, bis er unter der Last zusammenbrach, er mit seinem schwachen Rücken? Er wagte gar nicht daran zu denken, sondern schloß die Augen; und da zeichnete sich, deutlicher und deutlicher, auf seinen Lidern das Bild ab, wie er vom Tisch auf den Fußboden hinabgefunken war, unter dem Gewicht der großen Schneiderschere, die noch größer geworden war, seitdem seine Frau angefangen hatte, mit ihr zu wirken. Die Schere drückte ihn nieder und lag über ihm wie ein großes Eisenkreuz. Er war tot, ach ja! Und er hörte den Leichenzug ein Begräbnislied singen und fühlte, wie der Sarg unter ihm schwankte, wenn die Träger sich abwechselten. Und vor ihm stolzierte der Küster einher und zog die Töne durch die Nase in die Länge. Schneider Frank hatte immer eine Schwäche für Beerdigungen gehabt. Nicht etwa deshalb, weil man nacher mit nach Hause eingeladen und mit Schnaps und Bier, vielleicht auch mit Wein traktiert wurde. Die Handlung selbst erinnerte einen vielmehr in so schöner Weise an die Vergänglichkeit aller Dinge; die schwarzen Kleider, der Gesang des Küsters, darüber mußte er immer weinen. Auch jetzt weinte er, daß die Tränen ihm über die Wangen klossen, namentlich als er hinuntergefenkt worden war und er die Leute da so hübsch mit dem Hut vor dem Gesicht stehen sah. Dort stand auch Thorvald mit der Mütze vor den Augen. Der liebe Junge! Aber was war das? Grinste er nicht, und streckte er hinter der Mütze nicht die Zunge heraus? Wie konnte der Schlingel so etwas tun! Frank bekam ordentlich Mitleid mit sich selbst. Gott sei Dank, daß man den Jungen verleugnen

konnte, wenn der große Tag des Gerichtes kam. Sechs Monate! In der Sache konnten nie Schwierigkeiten entstehen. Diese Geschichte mit Thorvald und den sechs Monaten waren der tote Punkt in Franks Leben; daran blieb er hängen, wenn ihn nicht irgend etwas von außen her darüber hinwegschwingen ließ. Sein Gehirn hatte nie verlust, sich in das Ereignis hineinzubohren und es in seinen Folgen zu durchdenken; es schwang bloß schwach auf seinem toten Punkte hin und her und verweilte monoton bei der nackten Tatsache. Frank brachte es nie weiter als bis zu einer stillen Freude über die Bosheit des Jungen, aus der er eine Art Ehrenrettung zog. Nun kam es jedoch darauf an, die Vaterchaft entschieden leugnen zu können, und Frank laute wieder weiter auf der Tatsache — mit geheimem Vergnügen. Doch am liebsten drückte er sich darum; und hier, wo er jetzt auf dem Rücken lag und durch die drei Ellen Erde hindurch in Gottes Himmel hinaufstarrte, hier gab es genug ernste Gedanken, die ihm darüber wegzuhelfen vermochten. Hatte er denn ein anständiges Begräbnis gehabt? Ja, der Küster hatte gesungen, und der Pfarrer hatte wohl auch gesprochen, obwohl er das nicht gehört hatte. Er war wohl eingeschlafen, wie es ihm auch bei Lebzeiten passiert war. Und nun standen die Bekannten zu Hause herum und sagten allerlei Schönes über ihn, der „deutsche John“ und der „Lotterieschwede“ und alle die anderen. Und Thorvald stahl Zigarren und steckte sie beiseite — Diebsgeschick! Bekamen sie auch ordentlich zu trinken? Es war ja nicht Madam Franks starke Seite, mit Getränken aufzuwarten, und er konnte das gut verstehen. Aber es wäre doch unrecht, ihn das entgelten zu lassen, wo er tot war. Wenn man doch etwas von dem guten Leichenbier mit abbekommen hätte! Ach ja! Frank hob den Kopf und guckte. Da kam seine Frau endlich drüber auf dem Kirchhof, eine ganze Masse Sachen mitschleppend. Au! Jetzt pflanzte sie das eine Bein der Waschbant gerade auf seinen Bauch, obwohl sie wußte, wie empfindlich er war. Ein Stöhnen entfuhr ihm, und er krümmte sich zusammen. Sie hatte eine so harte Art. Dann hob sie das Waschsaf auf die Bank hinauf und begann zu waschen. Und die Nacht verging, und der nächste Tag, und wieder eine Nacht. Immer noch stand sie da und wusch. — Endlich hörte sie auf, nickte zu ihm hinab und zog eine Flasche hervor.

Franks Herz schmolz vor Glück. Soviel Liebe, sogar nach dem Tode! Ja, sie war ihm immer ein gutes Eheweib gewesen. Das war ja ganz wie in den Liedern, wo das Mädchen sich auf das Grab ihres Geliebten legt, um zu sterben. Sie sah ihn an, nahm den Kork von der Flasche und führte sie an den Mund. Frank starrte und hob den Kopf: sie mußte doch etwas übriglassen! Aber sie trank und trank. Da wollte er rufen und sich aufrichten, aber die Bank stand gerade auf seinem Bauch. Und jetzt hatte sie die Flasche ganz geleert. Er sank wieder zurück. Herrgott, sie war also auch so weit gekommen — und er hatte dem nicht vorbeugen können. Frank „erwachte“. Ganz langsam kehrte sein Auffassungsvermögen zurück. Zuerst sah er den Strich zwischen Fußboden, Wand und Türumriß, dann Türfüllungen, Klinke und Büstenhalter an der Wand und einen kleinen Fleck, wo Thorvald, als er klein war, den Kalk abgetraht hatte. Das alles kam ihm so bekannt vor. Und dort hing ja die Elle und das Bügeleisen — ja, er war zu Hause, in seiner eigenen Stube. Unruhig drehte er sich herum, in dem Gefühl, daß er nicht allein sei; er starrte in den Winkel unterm Fenster und lachte glückselig. Da sah der Brauer Dam in eigener Person, in Gestalt der großen Schneiderschere. Dam bewegte die Scherenteile und schnitt Grimassen, und dann legte er sich die Scherenschentel um die Kehle und mühte und mühte sich, sie durchzuschneiden. „Er versteht die Schere nicht zu handhaben,“ dachte Frank, „wir wollen Mutter rufen.“ Aber nun entstand ein Loch, und aus Dams Kehle floss Bier mit weißem Schaum darauf und strömte über den Fußboden. Der Brauer gab Frank ein Zeichen, er solle trinken. Aber Frank schwärmte nicht für Bier, er zog die Beine sicher unter sich herauf, beugte sich über den Tischrand und sah, wie die Flüssigkeit sich schlängelartig, mit breitem, schaumbedecktem Kopf vorwärts wand. Jetzt erreichte sie ein Tischbein und schlängelte sich hinauf, guckte über die Tischplatte weg und lief weiter. Frank wich ihr aus, aber sie folgte ihm, lief an ihm in die Höhe und in seinen Hals hinein. „Puh! Weißbier Nummer zwei!“ Hatte er's nicht immer gesagt, daß dieser Brauer ein Betrüger sei! (Fortsetzung folgt.)

nie in seinem Besitz gewesen. Offenbar sind diese Sachen von den Tätern zurückgelassen worden. Personen, die mit Dieb hier in Berlin besonders in Geschäftsverbindung gestanden haben und die mit ihm noch nach dem 9. September zusammengekommen sind, werden erbeten, sich umgehend bei Kriminalkommissar Dr. Niemann im Polizeipräsidium, Zimmer 84, zu melden.

Um den Untergrundbahnhof Hermannplatz.

Ob der Untergrundbahnhof Hermannplatz als Gemeinschaftsbahnhof oder als Kreuzungsbahnhof gebaut werden soll, das ist für den Bau von besonderer Wichtigkeit. Auf Beschluß der Bezirksversammlung Neukölln fand gestern abend in ihrem Sitzungssaal eine Zusammenkunft der Bezirksverordneten und der Bezirksamtsmitglieder statt, vor denen der Berliner Tiefbauamt Hahn und Magistratsoberbaumeister Jangemeister die strittige Frage erörterten.

Baurat Hahn trat mit größter Entschiedenheit für den ursprünglich geplanten Gemeinschaftsbahnhof ein, der betriebstechnisch nicht schlechter und verkehrstechnisch besser als der Kreuzungsbahnhof sei und nicht höhere Baukosten erfordern würde. Beim Kreuzungsbahnhof liegt der untere Bahnsteig so tief, daß 56 bis 60 Stufen herabsteigen werden müssen. Das Umsteigen dauert viel länger als beim Gemeinschaftsbahnhof, auf dem die meisten Umsteigenden den Bahnsteig nicht verlassen, sondern nur von einer Bahnsteigkante zur anderen hinübergehen. An den Bahnsteigen, den Treppenhäusern und der Jahrbauwerk Hahn nach, daß die in die Öffentlichkeit gelangenden Ansichten bei genauer Betrachtung sich als übertrieben herausstellen. Auch Baurat Jangemeister sieht im Gemeinschaftsbahnhof das Ideal, er glaubt aber, daß in der Praxis der Kreuzungsbahnhof sich als das Bessere erweisen wird. Beim Gemeinschaftsbahnhof könne die durch ihn hindurchgeführte UEB-Bahn nicht eigene Abstellgleise am Hermannplatz erhalten, auf denen die bei starkem Verkehr hier einzuwendenden Züge zu warten hätten. Er nimmt an, daß der Umsteigerverkehr am Hermannplatz nicht sehr groß sein würde. Der für die UEB-Bahn nötige Tunnel, mit dem sie in einer Kurve den Friedhof unterfahren müßte, um in die Hermannstraße zu gelangen, sei in dem engen Sand schwer auszuführen. Von den Kurven befürchtet er eine Beeinträchtigung der Betriebssicherheit. In der Befragung betonte Bürgermeister Schöla, in dem Streit um den Bahnhof Hermannplatz sei es stets Neuköllns Standpunkt gewesen, daß das Verkehrsbedürfnis den Gemeinschaftsbahnhof erfordert. Auch Bezirksverordnete verschiedener Fraktionen äußerten sich. Die Redner der Sozialdemokraten und der Kommunisten traten für den Gemeinschaftsbahnhof ein, die der bürgerlichen Parteien möchten den Kreuzungsbahnhof vorgezogen. Baurat Hahn wies die gegen die Kurven vorgebrachten Bedenken als unbegründet zurück. Um die Meinung der Versammlung festzustellen, wurde eine Abstimmung vorgenommen. Sie ergab eine starke Mehrheit für den Gemeinschaftsbahnhof.

Kinder auf der Straße.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Bülowstraße. Vor dem ersten Wohnhaus Bülowstraße 90 lief die fünfjährige Irngard Sorpinski gegen einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 69 und geriet, obgleich der Führer mit aller Kraft bremste, unter die Räder, die dem kleinen Mädchen quer über den Körper gingen und es ernstlich zurückließen. Die alarmierte Feuerwehr mußte den Wagen anheben, um das Kind aus seiner Lage befreien zu können. In diesem Augenblick erlitten die Mutter des verunglückten Kindes und selbst in seinem Anblick in Schweißtränen. Man schaffte Mutter und Kind nach dem Elisabeth-Krankenhaus. Dort konnte bei letzterem nur noch der Tod festgestellt werden. Frau S. ist vollständig gebrochen und konnte nicht einmal ihren Namen anrufen. Die siebenjährige Dorothée Horn, Stieftochter des Friseurs Amin Pause, Ringstr. 45a in Steglitz wohnhaft, geriet unter einen Kraftwagen der Firma Bolle. Dasselbe Auto brachte das Kind nach dem Mittelberg-Krankenhaus, wo der Arzt nur den Tod zu konstatieren vermochte. Nach Zeugenaussagen hatten sich mehrere Kinder auf den Räder des Wagens gesetzt. Als nun der Chauffeur — vermutlich um zu wenden — eine kurze Strecke zurückfuhr, sprangen die Kinder ab. Dabei fiel die kleine Dorothée zu Boden und kam unter ein Hinterrad. — Der 30jährige Arbeiter Friß Bogelke aus der Bielestr. 30 wurde von einem Motorradfahrer umgerissen und stürzte mit solcher Wucht zu Boden, daß er schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung davontrug. B. fand im Roobiler Krankenhaus Aufnahme. Der Fahrer des Motorrades, an dem ein Bewußtsein besichtigt war, hotte sich seiner Freistellung durch die Flucht entzogen und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Das deutsche Zahnärzterhaus in Berlin.

Am Montag vormittag hatte der Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands e. V. die Preise zu einer Besichtigung des Deutschen Zahnärzterhauses in der Bülowstr. 104 geladen. Das Haus, das bereits seit 1914 als Mittelpunkt der deutschen Zahnärzterschaft besteht, war schon bisher eine Poliklinik, mit der Fortbildungskurse für approbierte Zahnärzte verbunden waren. Jetzt ist hier ein Institut für die zahnärztliche Fortbildung angegliedert worden. Der dazu nötige Umbau der bisher zu Wohnungen benutzten Räume wurde von dem Architekten Harry Binmann in recht geschickter Weise gelöst. Das Institut für die zahnärztliche Fortbildung soll den in der Praxis stehenden Zahnärzten dienen. Es ist damit für die Zahnärzterschaft eine Einrichtung geschaffen, ähnlich wie sie für die Ärzte im Kaiserin-Friedrich-Haus und in den medizinischen Akademien bereits seit langem besteht. Das Deutsche Zahnärzterhaus verdankt seine Entstehung der Initiative des Berliner Zahnarztes Prof. Dr. Guttman, dem es gelang, in der Zahnärzterschaft die Mittel für das Haus und seine Einrichtung aufzubringen. Sein Hauptverdienst war es, das junge Unternehmen durch die schweren Jahre des Krieges und der Nachkriegszeit hindurch erhalten zu haben. Die Zahl der in Deutschland approbierten Zahnärzte ist in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen. Der Zugang zum Studium ist nach vorübergehender Stöckung wieder normal geworden. Ferner betrachtet es der Reichsverband als eine seiner vornehmsten Aufgaben, dem Proletariat die Kenntnisse der fortschreitenden wissenschaftlichen Entwicklung zu vermitteln, damit dem deutschen Volke dauernd die bestmögliche Versorgung an zahnärztlicher Hilfe gewahrt wird. Ein Rundgang durch das ganze Institut zeigte viel Beherztes. Eine große Bibliothek, ein wissenschaftliches Versuchslaboratorium, die modernsten Röntgenapparate, die eine Aufnahme in drei bis vier Sekunden ermöglichen, und Einrichtungen für Lichttherapie stehen zur Verfügung. Als Leiter fungiert Herr Dr. med. Adrion, Privatdozent an der Universität Berlin. Erwähnt soll noch werden, daß der Reichsverband, als dessen Vorsitzende die Zahnärzte Dr. Linnert-Rürnberg und Dr. Bernstein in Spandau zeichnen, von den 8500 deutschen Zahnärzten etwa 7500 in sich vereinigt.

Die Fälle der Kleingarten-Ausstellungen.

In den letzten Tagen häufen sich die Ausstellungen der Kleingärtner, was zu begrüßen ist, da es sich oft nicht nur um eine bloße Obst- und Blumenschau handelt. Welchen Umfang eine solche Ausstellung von Kleingartenzeugnissen erreichen kann, zeigte die vom Bezirksverband Neukölln-Treptow im Wintergarten der früheren Unionsbrauerei. Das betonte auch bei der Eröffnungsfester Genosse Stadtrat Schröder. Derselbe des Kleingartenamts Neukölln; für Treptow sprach Genosse Stadtrat Steuer, der auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Behörde und Kleingärtner hinwies, unter Betätigung, daß alles geordnet werde, um den Interessen der Kleingärtner zu dienen. In ähnlichem Sinne führte der

zweite Vorsitzende des Reichsverbandes, Genosse Walter Reinhold, Redakteur des „Kleingärtner“, aus, daß allein aus volksgesundheitlichen Gründen die Einigkeit der Kleingärtner der Behörde gegenüber notwendig sei. Am Schluß der Ausstellung sollen die „Kleingärtner der Armen“ mit Spenden bedacht werden. Dasselbe bunte, lustige Bild, angereichert und gaumenschmeckend, gewährte die Ausstellung des Bezirksverbandes Berlin-Schöneberg im Neuen Rathaus. Die einleitende Rede hielt Bezirksleiter Töbe, der darauf hinwies, daß es die 34 zusammenhängenden Kolonien des Schöneberger Südgebietes wohl wert seien, dauernd erhalten zu bleiben. Im Auftrage des Bezirksamtes sprach dann Stadtrat Doerwald einige Worte, die auf den „Opfertag“ hinwiesen, an dem außer Gartenzeugnissen achtzig Zentner Kartoffeln, über 500 Broie und acht Zentner Hülsenfrüchte verschenkt worden sind. Jährlich sollen mindestens 500 Ortsarme beschenkt werden; zwei Diplome wurden dem Schöneberger Bezirksverband ausgeteilt: eins durch den Direktor der Reichsanstalt für biologischen Pflanzenschutz, und das andere von der Gartenbau-Gesellschaft. Auch hier trugen die Darbietungen der eigenen Gesangsvereine zur Verschönerung der Feier bei.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz

Freitag, den 26. September, abends 7 Uhr, Schulaula Kochstr. 12/13 (an der Leipziger Str.):

Vollkonferenz

Tagesordnung: „Die Auswirkung der Fürsorgeverordnung.“ Referent: Landeshauptmann Gen. Dr. Caspari.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Türkonto: 1. Kreis Mitte.

Beamtenfreundlichkeit.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Unter diesem Titel veröffentlichte der „Berliner Lokal-Anzeiger“ eine Notiz über die Ablehnung eines Antrages der bürgerlichen Parteien des Bezirksamtes Friedrichshain, welcher verlangte, in Zukunft nur solche Beamte zu befördern, die ein Examen abgelegt haben. Danach werden angeblich im Bezirk Friedrichshain nur solche Beamte befördert, die überhaupt keine Prüfungen oder aber nur solche, die die Abfälligenprüfung abgelegt haben. Grund genug für die Deutschnationalen, dem Bezirksamt Bestimmungsmäßigkeit vorzumerken. Um diese Dinge kurzzufassen, ist man leider gezwungen, etwas zurückzugehen. Bis zum Jahre 1917 wurden Beamte, die nur die Volksschule besucht hatten, ausgenommen Militäranwärter, zur Selbstprüfung überhaupt nicht zugelassen, es sei denn, daß sie ein sogenanntes Vorprüfungsdiplom von ihrem jeweiligen Bureauvorsteher, der natürlich ein „Schwergeprüfter“ war, beibrachten, was wohl ganz selten einem Beamten gelungen ist. Erst im Jahre 1917 gab der Magistrat auf Drängen der Beamtenorganisationen nach, und führte die Neubemerkung aller Stellen ein. — Heute werfen nun die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten Bestimmungsmäßigkeit vor, weil erst. Beamte befördert werden sollen, die vom damaligen bürgerlichen Magistrat ohne Prüfung nach ihren feinerzeit imgehabten Stellen befördert worden sind. Ist das nun Unkenntnis oder Demagogie? Eine hörbare Ausruf im Streit ist die deutschnationale Bezirksverordnete Frau Wege. Gerade ihr sollte doch aber bekannt sein, daß ihr hoher Gemahl, der deutschnationale Stadtrat Wege auch einer von den Beamten ist, der im Jahre 1919 ohne Prüfung vom Bureauvorsteher, angeblich wegen Bestimmungsmäßigkeit, zum Stadtschreiber befördert worden ist. Also freie Bahn, den Deutschnationalen!

Die Eisenbahntechnische Ausstellung in Seddin wurde am Eröffnungstage von etwa 7000 Personen besucht.

Viljausstellung. Vom 22. bis 25. September findet in der Aula des Friedenauer Gymnasiums am Ringbahnhof Friedenau-Bilmersdorf eine öffentliche Viljausstellung statt, welche die jetzt in großer Zahl wachsenden Herbstpilze zur Anschauung bringen soll. Hiermit wird Gelegenheit gegeben, manch neuen wertvollen Spitzpilz, der heute unbekannt im Walde vermodert, der menschlichen Ernährung zuzuführen. Besichtigung von 2-6 Uhr. Eintritt frei. Die Besucher werden um Mitarbeit durch Mitbringen von Pilzen für Ausstellungszwecke gebeten.

Der Circus Krone will in nächster Zeit sein Gastspiel beenden. Was der Circus in jeder seiner Vorstellungen bietet, ist ein Wiedersehen alt-römischer Circusspiele. Gladiatoren, Reiter, Reiterinnen, Raubtierkämpfe in derartigen Rollen, wie sie bisher noch kein Unternehmen gezeigt hat. Bühnenredes, fabelhaftes Spiel, Rollenrollen halten den Zuschauer drei Stunden lang ununterbrochen in ihrem Banne.

Im Colosseum, Schönhauser Allee 123, bringt die Bühnenschauspiel ein gutes Programm. Abend zu erwähnen ist das Tanz-Gastspiel von Hans Hansen-Jakobs und So. Der Körper von Walfisch scheint gegen elektrischen Starstrom in höchster Grade gefestigt, so daß er „Hunder der Hochspannungsströme“ bewirkt. Der unangeführte Film „Dunkle Schatten“ ließ seinen Lichtbild auskommen.

Sturm an der Ostküste Schottlands beträchtlichen Schaden angerichtet. Ungefähr 1000 Fischer konnten den Hafen nicht verlassen.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 23. September.

Tagessintellung, 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktenvorbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Weiterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produkten- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide o.ä. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise).

4.30-6.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Hochzeitszug aus der Oper „Femora“, Rubinstein. 2. Vorspiel zu der Oper „Hänsel und Gretel“, Humperdinck. 3. Walzer aus der Oper „Eugen Onegin“, Tschalkowsky. 4. a) Berceuse, Sibelius, b) Internozzo, Brahms, 5. Grieg-Erinnerungen, Fantasia, Urbach. 6. Lockende Erinnerungen, Leuschner. 7. Musikalische Täuschungen, Potpourri, Schreiner. 8. Worried Foxrot, Vincent Rosa. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Mentzel, Geschäftsführer des Wirtschaftsamt der Studentenschaft, Charlottenburg: „Die wirtschaftlichen Grundlagen des Hochschulstudiums“. 8.30-10 Uhr abends: Konzert: 1. Variationen, Corelli (Frans Voit, Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters, Violine). 2. Arie der Micaela aus der Oper „Carmen“, Bizet (Sonja Jergin, von der Großen Volksoper). 3. a) Romanze, Campagnoli, b) Rondo, Boccherini (Walter Schulz, Solocellist des Berliner Philharmonischen Orchesters). 4. a) Sonatina aus der Oper „Der Barbier von Sevilla“, Rossini, b) Siciliana aus der Oper „Cavalleria rusticana“, Leoncavallo (Kammersänger Eugen Trasky, von der Berliner Staatsoper, mit Harfenbegleitung). 5. a) Im Herbst, Thomas, b) Barcarole, Parich-Alvars (Otto Müller, Mitglied des Berliner Philharmon. Orchesters, Harfe). 6. a) Gilda-Arie aus der Operette „Rigoletto“, Verdi, b) Vogellied aus der Oper „Bohème“, Leoncavallo (Sonja Jergin, von der Großen Volksoper). 7. a) Lied aus „Die Perlenfischer“, Bizet, b) Arie aus „König für einen Tag“, Adam, c) Trauzenszene aus „König für einen Tag“, Adam (Kammersänger Eugen Trasky, von der Berliner Staatsoper). 8. Trio für Violine, Cello, Harfe, Ochsblügel (Frans Voit, Violine; Walter Schulz, Cello; Otto Müller, Harfe). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Die Tagung der Freidenker.

Die Generalversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung beschloß am Sonntag zwei Erklärungen über das Verhältnis zu anderen freigeistigen Organisationen. Der Verein will dafür werden, daß seine Mitglieder sich auch solchen Organisationen anschließen, er erwartet aber von dort dieselbe Unterstützung. Die bereits am Freitag vorgelegte andere Erklärung begrüßt den von der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der Deutschen Republik unternommenen Zusammenschluß aller Freidenker zum Kampfe um die geistige Befreiung des arbeitenden Volkes und für die Umgestaltung des Schul- und Erziehungswesens, mahnt zum Eintritt in die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen reinen Freidenkerorganisationen, protestiert gegen den Abbau des Oberstadtschulrats Pausen und fordert: Heraus aus der Kirche, fort mit dem Pflasterregiment in der Schule! Beide Erklärungen fanden einstimmige Annahme.

Dann wurde die am Sonnabend begonnene Beratung des neuen Statuts fortgesetzt, aus dem hier nur das Wichtigste wiedergegeben sei. Bei den Aufnahmebedingungen wurde daran festgehalten, daß Mitglied nur werden kann, wer keiner Religionsgemeinschaft angehört. Kinder können schon vom 3. Jahr ab aufgenommen werden, wenn beide Eltern (oder der Vormund) Mitglieder des Vereins sind. Bis zum 60. Jahr kann den aus anderen Feuerbestattungsvereinen Ueber tretenden, wenn sie dort über ein Jahr Mitglied waren, die Karenzzeit erlassen werden. Zwang zum Eintritt in andere freigeistige Organisationen wurde (unter Hinweis auf die oben mitgeteilten Erklärungen) verworfen. Der Beitrag ist gestaffelt nach dem Eintrittsalter: A 3-16 Jahre (mit Beitragsbefreiung vom 36. Lebensjahre ab); B 16-50 Jahre (frei nach 20 Jahren); C 50-65 Jahre (frei nach 10 Jahren); D 65-70 Jahre (frei nach 6 Jahren); E über 70 Jahre. Der Monatsbeitrag beträgt für A 20 Pf., B 40 Pf., C 1 M., D 2 M., Gruppe E zahlt die vollen Einäscherungskosten, auf Wunsch in Raten innerhalb eines Jahres.

Beschlossen wurde einstimmig eine Erklärung, daß der Vereinszweck, Feuerbestattungspropaganda zu treiben, auch freigeistige Aufklärungsarbeit gegen die Herrschaft der Kirche bedingt, und nahezu einstimmig (gegen 5 Stimmen) eine andere Erklärung, daß innerhalb des Vereins nicht Parteipolitik getrieben werden darf. Ein Antrag, gegen die Schandurteile über Klassenbewußte Proletariat zu protestieren und Amnestie zu fordern, stieß auf lebhafteste Opposition, weil er als parteipolitisch angesehen wurde. Der Hinweis auf die Rotwendigkeit, auch die von der Sowjetrepublik eingekerkerten Arbeiter freizugeben, wurde von einem beträchtlichen Teil der Generalversammlung mit stürmischem Beifall begrüßt. Mit großer Mehrheit wurde statt des Antrages eine Erklärung gebilligt, die den Opfern der Schandesherrschaft in Deutschland die Sympathie ausdrückt. Ein Antrag auf korporativen Beitritt des Vereins zur Internationalen Arbeiterhilfe wurde als parteipolitisch und übrigens für Mitglieder der SPD. unmöglich bekämpft und mit großer Mehrheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Den für ihre Kultur- und Elternrechte kämpfenden Freidenkern Thüringens wurde durch einstimmigen Beschluß die Sympathie ausgesprochen. Der Vorstand wurde beauftragt, alles zur Befestigung der Feuerbestattung erfordernenden Bestimmungen des preussischen Feuerbestattungsgesetzes zu versuchen.

Vollzogen wurden dann die Wahlen des Vorstandes, des Aufsichtsrates und des jetzt hinzutretenden Beirats, der aus den Organisationen der Bezirke entnommen werden muß. Erster Vorsitzender ist Rüdert-Berlin, zweiter Vorsitzender Lemke-Berlin. In einer Schlussansprache betonte Riegel-Darmstadt die zutage tretende äußere und innere Festigkeit des Vereins und die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Reaktion. Er schloß die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verein und die Freidenkerbewegung. Unter dem Gesang der Internationale gingen die Teilnehmer auseinander.

Die große Fahrt des J. R. 3.

Donnerstag vormittag über Berlin?

Friedrichshafen, 22. September. (Drohtbericht.) J. R. 3 wird nun nach Ausführung der Reparaturen an den Motoren, wenn nicht die Wetterlage in letzter Minute wieder einen Strich durch die Rechnung macht, am Mittwoch morgen in Friedrichshafen aufsteigen, um den 30-Stundenflug, die Generalprobe für die Amerikafahrt, zu absolvieren. Wie Dr. Eckener heute nachmittag mitteilte, wird J. R. 3 am Mittwoch morgen um 7 Uhr in Friedrichshafen aufsteigen. Die Flugroute geht zunächst über Frankfurt am Main und Hannover nach Hamburg, wo man gegen 4 oder 5 Uhr eintreffen wird. Nach einigen Schlägen über der Stadt geht die Fahrt nach Flensburg, wo der Zeppelin bei einbrechender Dunkelheit dann die Offsee erreichen wird. Während der ganzen Nacht will man über der See kreuzen, um dann beim Morgengrauen wieder in die Nähe der Küste zu gelangen. Vorausichtlich wird man bei Stettin wieder das Land erreichen und von dort geht die Fahrt nach Berlin, wo J. R. 3 zwischen 9 und 10 Uhr vormittags eintreffen soll. Nach einer etwa halbstündigen Fahrt über der Reichshauptstadt, bei der Oberbürgermeister Böß auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Funkspruchs im Namen Groß-Berlins eine Ansprache an die Befehlsung halten wird, wird J. R. 3 über der ehemaligen Zeppelin-Halle in Stöcken dann auf 30 bis 50 Meter herabgehen, um die am Bord befindliche Post abzuwerfen. Von Berlin geht die Fahrt dann wieder nach dem Süden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auf der Heimfahrt Leipzig berührt, wo das Luftschiff über der Stadt und dem Völkerschlachtdenkmal längere Zeit verweilen wird. In den Nachmittagstunden des Donnerstag ist dann die Landung in Friedrichshafen vorgesehen. Das Programm der etwa 30- bis 35-stündigen Fahrt läßt sich jedoch nur durchfahren, wenn die Wetterlage, die augenblicklich gar nicht günstig ist, sich nicht verschlechtert. Die Skandinavienfahrt, die ursprünglich vorgesehen war, ist gänzlich fallen gelassen worden, da die Zeit nicht ausreicht. Zum Schluß sprach Dr. Eckener die Erwartung aus, daß, wenn nach dieser Probefahrt nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, J. R. 3 in kurzer Zeit die Fahrt nach Amerika antreten wird. Aber auch hier will man selbstverständlich erst abwarten, wie die Wetterlage sich gestalten wird.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schönhauser, 27/28, Hof 2. Reichsbanner: 11. Kameradschaft Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr, Zutritt in der oberen Turnhalle. 22. Kameradschaft Friedrichshagen. Untergruppe Hanseler. Mittwoch, den 24. September, 4 1/2 Uhr, Abends, 26. Restaurant Reichsbanner. Thema: „Das Reichsbanner und sein Bestehen.“ 27. Kameradschaft Friedrichshagen. Untergruppe Reichsbanner. Vortragsveranstaltung am Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal von Sabers, Bahnhofstr. 10. Republikaner willkommen. — Kameradschaft Charlottenburg. Am Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr, im Restaurant, Wilhelmshof, Berliner Straße, Eingang Grenzstraße. Vortrag des Kameraden Kommerich. — Kameradschaft zur Fahrt nach Sudam. Kameradschaft Gensick. Die am Donnerstag, den 23. September, stattfindende Kameradschaftsversammlung ist auf den 2. Oktober verlegt worden. Kameradschaft Bilmersdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Turnabend (Reichsbanner usw.) im Turnsaal der Ober-Realschule Ragnitzstraße, 44a, Tempelhof.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, e. V., Bezirk 11, Schöneberg. Die für heute, Dienstag, den 23. September, abends 7 Uhr, im Rindenschulsaal, stattfindende Mitgliedsversammlung muß unabweisbar ausfallen. Die weitere wird nach Witterung bekanntgegeben. Spottvereinsabende und Spott-Schwarz-Rot-Gold. 26. Ortsgruppe Charlottenburg. Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, Aula der Realschule-Schule, Pankowstraße, 26/28 (siehe Anleitungsblatt). 27. Ortsgruppe Charlottenburg. Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr, Aula der Realschule-Schule, Pankowstraße, 26/28 (siehe Anleitungsblatt). Redner: Landes-erziehungsrat a. D. Seiffert und Dr. G.H.

Vergeudete Kraft!



Wenn Sie schwache Augen oder unpassende, vielleicht auch schwache Gläser haben, so müssen Sie sich weit mehr als ein Normallichter anstrengen. Trotzdem aber leisten Sie nicht so viel, denn Sie werden rascher müde und leiden an Kopfschmerz und Abgespanntheit. Sie vergeuden Ihre Kraft u. opfern Ihre Nerven ohne zu wissen, daß Ihnen weiter nichts fehlt, als passende Augengläser. Wir wollen Ihnen kostenlos Ihre Augen mit Sorgfalt untersuchen. Wir garantieren Ihnen für genau passende Gläser! Wenn Sie dann unsere guten Punktort-Gläser für 8-12 M. eine Weile tragen haben, so werden Sie vielleicht selbst freudig erstaunt sein, wieviel frischer, tatkräftiger Sie sich fühlen, nachdem Sie von der unnötigen Ueberanstrengung Ihrer Augen befreit sind.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach unserer bewährten Methode und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Aneiser- und Brillenfassungen aus Gold und Gold-Doublé von 2.- an 1-4 Jahre, je nach der Qualität des Metalles.

Unsere heutigen Preise:

Aneiser mit und ohne Handfassung
aus bestem Nidel R. 0.75 1.25 1.50
aus Gold-Doublé 2.- 3.- 4.- 6.- 7.- 8.-
aus echtem 14 Karat Gold R. 15.- 18.- 24.- 40.- 48.-

Brillen mit und ohne Handfassung
aus bestem Nidel R. 0.75 2.- 2.50
aus Gold-Doublé 4.- 8.- 12.-
aus echtem 14 Karat Gold R. 40.- 48.- 56.-

Mod. Brillen mit Zelluloid-Rändern,
hell und dunkel: R. 2.75 4.- 8.- 10.-

Mod. Horn- u. Schildpatt-Brillen:
R. 2.50 5.- 6.50 7.- 10.- 30.- 45.-

Gläser werden extra berechnet:
Rathenower Bl-Gläser nur M. 1.- pro Paar
Punktort-Brillen 3.-

• Reparaturen billigt und sofort. •



Optiker Ruhnke

- C Spittelmarkt Ecke Wollfe Alexander-Platz nahe Wollfe
- W Friedrich-Str. 103a Ecke Delpyger Str.
- SO Cranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Cranien-Platz
- N Friedrich-Str. 106 Ecke Jäger-Str.
- N Chaussee-Str. 72 nahe Müller-Str.
- Charlottenburg: Xenopien-Str. 15
- SW Bellevue-Str. 4 nahe Janhof
- Reiziger Str. 113 Ecke Neuer-Str.
- O Frankfurter Allee 14 nahe Kieg.
- N Süsslieden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str.
- NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
- Charlottenburg: Joachimsthaler Str. 2 nahe Hof. 30a
- Schöneberg: Haupt-Str. 21
- Schöneberg: Gde. Klagen-Str.
- Friedenau: Rhein-Str. 18, Gde. Kirch-Str.
- Neufeld: Berg-Str. 4, Gde. Blethen-Str.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
6 Uhr: Lohengrin
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Nathan der Weise
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Guten Morgen, Hr. Fischer! - Das Fest d. Handwerker
Volksbühne
zum 25. Male
7 1/2 Uhr: Fahren
Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Cäsar u. Cleopatra
Kammeroper
7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen
Theater L. E. Hagenstr. 10
Täglich 8 Uhr: Hans Sachs' 100. Geburtstag
Komödienhaus
Täglich 8 Uhr: Mein Vetter Eduard
Berliner Theater
Tägl. 7.30: Der süße Cavalier

CURT GROTTEWITZ
Sonntage eines Großstädtlers in der Natur
Ganzleinen 2.25 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf.
Lindenstraße 2

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Damenmäntel, Herbstmäntel 5.95, 7.50, 9.50, 12.-, 16.-, 18.-, 20.-, 22.-, 24.-, 26.-, 28.-, 30.-, 32.-, 34.-, 36.-, 38.-, 40.-, 42.-, 44.-, 46.-, 48.-, 50.-, 52.-, 54.-, 56.-, 58.-, 60.-, 62.-, 64.-, 66.-, 68.-, 70.-, 72.-, 74.-, 76.-, 78.-, 80.-, 82.-, 84.-, 86.-, 88.-, 90.-, 92.-, 94.-, 96.-, 98.-, 100.-

Herbstmäntel 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-

40 Prozent Preisabschlag, Speise-

Speisezimmer 11.50, 12.50, 13.50, 14.50, 15.50, 16.50, 17.50, 18.50, 19.50, 20.50, 21.50, 22.50, 23.50, 24.50, 25.50, 26.50, 27.50, 28.50, 29.50, 30.50, 31.50, 32.50, 33.50, 34.50, 35.50, 36.50, 37.50, 38.50, 39.50, 40.50, 41.50, 42.50, 43.50, 44.50, 45.50, 46.50, 47.50, 48.50, 49.50, 50.50, 51.50, 52.50, 53.50, 54.50, 55.50, 56.50, 57.50, 58.50, 59.50, 60.50, 61.50, 62.50, 63.50, 64.50, 65.50, 66.50, 67.50, 68.50, 69.50, 70.50, 71.50, 72.50, 73.50, 74.50, 75.50, 76.50, 77.50, 78.50, 79.50, 80.50, 81.50, 82.50, 83.50, 84.50, 85.50, 86.50, 87.50, 88.50, 89.50, 90.50, 91.50, 92.50, 93.50, 94.50, 95.50, 96.50, 97.50, 98.50, 99.50, 100.50

Garten :: Laube :: Balkon

Kaufgesuche
Kaufgesuche Silberfaden, Finn. Biel, Quersilber, Goldsilber, Kristall, Rosenkranz, 39 (Waldstrasse).
Kaufgesuche Silberfaden, Finn. Biel, Quersilber, Goldsilber, Kristall, Rosenkranz, 39 (Waldstrasse).
Kaufgesuche Silberfaden, Finn. Biel, Quersilber, Goldsilber, Kristall, Rosenkranz, 39 (Waldstrasse).

SCALA

8 Uhr: Internat. VARIETE
Th. I. Admiralpalast
Täglich 8 Uhr: die große Revue
Noch und Noch
Deuts. Opernhaus
7 Uhr: Der Prophet
Intimes Theater
7 1/2 Uhr: Premiere
Liebeskonzert
Tempo - Tempo!

Große Volksoper im Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Fidelio
Komische Oper
Direktion: James Klein
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
Die gewaltigste und größte Arena aller Zeiten:
Das hat die Welt noch nicht gesch'n
Karl Müller, Joh. Müller, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Rennen zu Grunewald

Dienstag, d. 23. Septbr. nachm. 2 Uhr
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Klempner Achtung!
Donnerstag, den 25. September, abends 7 Uhr, im Rosenhof, Rosenhofstraße 11/12:
Allgem. Klempnerversammlung
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaften. 2. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 3. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 4. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 5. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 6. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 7. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 8. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 9. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 10. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 11. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 12. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 13. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 14. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 15. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 16. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 17. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 18. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 19. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 20. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 21. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 22. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 23. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 24. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 25. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 26. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 27. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 28. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 29. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 30. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 31. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 32. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 33. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 34. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 35. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 36. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 37. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 38. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 39. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 40. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 41. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 42. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 43. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 44. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 45. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 46. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 47. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 48. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 49. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 50. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 51. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 52. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 53. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 54. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 55. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 56. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 57. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 58. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 59. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 60. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 61. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 62. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 63. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 64. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 65. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 66. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 67. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 68. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 69. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 70. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 71. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 72. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 73. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 74. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 75. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 76. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 77. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 78. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 79. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 80. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 81. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 82. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 83. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 84. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 85. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 86. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 87. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 88. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 89. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 90. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 91. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 92. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 93. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 94. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 95. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 96. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 97. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 98. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 99. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 100. Die soziale Lage und die Gewerkschaften.

Walkhalla

am Rosenthaler Tor
Großes internationales Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preis: 0.60, 1.-, 1.50, 2.- usw.

Branchenversammlung

Die ORTSVERWALTUNG
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaften. 2. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 3. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 4. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 5. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 6. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 7. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 8. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 9. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 10. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 11. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 12. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 13. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 14. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 15. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 16. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 17. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 18. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 19. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 20. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 21. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 22. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 23. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 24. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 25. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 26. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 27. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 28. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 29. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 30. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 31. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 32. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 33. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 34. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 35. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 36. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 37. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 38. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 39. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 40. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 41. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 42. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 43. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 44. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 45. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 46. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 47. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 48. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 49. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 50. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 51. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 52. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 53. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 54. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 55. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 56. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 57. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 58. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 59. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 60. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 61. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 62. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 63. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 64. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 65. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 66. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 67. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 68. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 69. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 70. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 71. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 72. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 73. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 74. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 75. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 76. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 77. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 78. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 79. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 80. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 81. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 82. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 83. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 84. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 85. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 86. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 87. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 88. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 89. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 90. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 91. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 92. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 93. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 94. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 95. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 96. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 97. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 98. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 99. Die soziale Lage und die Gewerkschaften. 100. Die soziale Lage und die Gewerkschaften.

KRONE

Die SENSATION BERLINS!!!
Tägl. abds. 8 Uhr:
Wirkliche Circus-SENSATIONEN
in 3 Manegen
85
Vorverkauf:
Philharmonie 8 Uhr:

Linoleum-Rausch

Warschauer Straße 6
10 billige Cocos-Tage!
Linoleum-Läufer
67 cm breit à Mtr. 2.25
90 cm breit à Mtr. 3.50
100 cm breit à Mtr. 3.75

Haydn - Mozart - Beethoven - Abend

Philharmonie 8 Uhr:
Haydn - Mozart - Beethoven - Abend
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. R. Haecl

Verkäufe

Zeppich-Thomas, Cranienstraße 44, Gelegenheiten in Teppichen, Stoffen, Hosen, Mänteln, Kleidern usw. auf Wunsch Teilzahlung.
Zeppich, Schragge, verkauft gegen Anzahlung Teppiche, Stoffe, Kleider, etc. an. Bräuen, Mänteln, Kleidern usw. auf Wunsch Teilzahlung. Schragge, verkauft gegen Anzahlung Teppiche, Stoffe, Kleider, etc. an. Bräuen, Mänteln, Kleidern usw. auf Wunsch Teilzahlung.

Aquarium

Aquarium
Keine Schaufenster-Reklame, aber wirklich billiger Preise

Lehrmädchen

Lehrmädchen
im Alter von 14-16 Jahren für den Verkauf sofort gesucht.

Reichshallen-Theat.

Reichshallen-Theat.
Abends 8 U. u. Stg. nachm. 4 Uhr
Stettiner Sänger
Neu Mutter uff Reisen
hals, halbe R. v. rot. Handlung.
Herrlich.
Dönhoff-Brettli. Progr. I
Anf. 7 1/2, Sonntags 8 Uhr

Erfrarener Elektromonteur

Erfrarener Elektromonteur
für erf. Off. u. u. D.S.
4400 Nationalstr.
Berl. 10. 35.

Secretär

Secretär
der im bürgerlichen Recht, Arbeitsrecht und Sozialgesetzgebung bewandert ist.
Beschreibung nach Gruppe VIII der 30.
Bewerbungen sind bis zum 10. Oktober ds. Ja.
zu richten an die Anstalt der
Arbeitsvermittlung, Postfach 47-48, 3. Stg.

Städteordnung und Städtetag.

Von Dr. Karl Herz, Spandau.

Am 25. und 26. September tritt in Hannover der 6. Deutsche Städtetag zusammen. Hauptgegenstand seiner Beratung bildet der Entwurf einer Reichsstädteordnung, die allerdings nur als ein Rahmengesetz gedacht ist. Der Entwurf beansprucht auch über den engen Kreis der Kommunalpolitiker hinaus ein allgemeines Interesse. Langsam und nicht ohne inneren Widerstand bricht sich in der Arbeiterbewegung die Erkenntnis Bahn, daß die vielerborene Demokratisierung der Verwaltung nur von der Gemeinde aus durch Erweiterung der Selbstverwaltung verwirklicht werden kann.

Das deutsche Gemeinderecht, das bisher in den landesrechtlichen Gemeindeordnungen geregelt ist — ihre Zahl dürfte sich auf etwa 20 belaufen — bietet ein Bild außerordentlicher Zersplitterung und Rückständigkeit. Von den nach der Revolution erlassenen Gemeindeordnungen zeigt nur die sächsische Gemeindeordnung den ernsthaften Willen zu einer tiefgreifenden Demokratisierung. Der Gedanke, das kommunale Verfassungsrecht im Wege der Reichsgegesetzgebung zu vereinheitlichen und damit für die innere Verwaltung der Länder einen gleichen Rahmen zu schaffen, bedeutet daher an sich einen außerordentlichen Fortschritt. Daß der Entwurf des Deutschen Städtetages sich zunächst nur auf die Städte beschränkt, entspricht nicht unserer Grundauffassung, die für Stadt und Land einheitliches Recht verlangt, kann aber immerhin als Annäherung an das erstrebte Ziel der Vereinheitlichung einer zustimmenden Beurteilung nicht entgegenstehen. Leider fordert aber der Inhalt des Entwurfs die schärfste Kritik heraus — nicht etwa von irgendeiner radikalen Auffassung aus, sondern vom Standpunkt jeder Stadtverordnetenversammlung, der an der Wahrung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung gelegen ist. Es handelt sich beim Entwurf, um es rund heraus zu sagen, um den Versuch, die Herrschaft der Oberbürgermeister über die Verwaltung der Städte weit über den jetzt bestehenden Umfang noch hinaus gefährlich zu stabilisieren.

Eine großzügige Neuregelung des Gemeinderechtes hat zwei große Probleme von grundsätzlicher Tragweite zu lösen. Sie hat einmal in die uralte Auseinandersetzung zwischen Staat und Selbstverwaltung einzugreifen und den Kampf zwischen Staatsbureaucratie und Gemeindevverwaltung durch eine Abgrenzung der beiderseitigen Aufgabengebiete zu schließen. Sie hat ferner die innere Verfassung der Gemeinde nach dem Prinzip der Demokratie zu ordnen, also das Einkamersystem durchzuführen als die Verwirklichung des Grundgesetzes, daß die Gemeindegewalt vom Volke ausgeht. Es ist anzuerkennen, daß der Entwurf das erste Problem im fortschrittlichen Sinne zu lösen sucht. Bedauerlich ist nur, daß der Entwurf in dem entscheidenden § 3 juristisch schlecht formuliert ist und durch seinen Wortlaut weit über die Absicht des Verfassers hinaus der Staatsbureaucratie zu Eingriffen in die Selbstverwaltung Anlaß geben kann. Wenn der Entwurf die Völsge der Wohlfahrt der Einwohner als die Aufgabe der Städte bezeichnet, so kann das eine leere Selbstverständlichkeit sein, da jede öffentliche Körperschaft die Förderung des allgemeinen Wohles bezweckt. Dann ist es aber besser, solche Selbstverständlichkeiten wegzulassen. Es kann aber auch dieser Formel die Absicht untergelegt werden, die kommunale Wohlfahrtsverwaltung in Gegensatz zur staatlichen Hoheitsverwaltung zu stellen. Dann erhält die preußische Staatsbureaucratie, die ja diese künstliche Scheidung erfunden oder jedenfalls in der Praxis ungeheuerlich vertieft hat, damit die Rechtsgrundlage, nach wie vor den Gemeinden Fesseln anzulegen. Der Entwurf will das zweifellos nicht, da er ersichtlicherweise die Polizei den Städten als eigene Angelegenheit überträgt, wenn auch mit der sehr tiefgreifenden, den Fortschritt zum großen Teil wieder aufhebenden Einschränkung, daß die örtliche Sicherheitspolizei Auftragsangelegenheit ist und anderen Behörden übertragen werden kann. Wenn endlich der Entwurf die Städte als „die örtlichen Organe der öffentlichen Verwaltung auf allen Verwaltungsgebieten“ erklärt, so hat der richtige und vom Entwurf offenbar auch gewollte Gedanke, daß die Städte alle Angelegenheiten ihres örtlichen Bereiches kraft eigenen Rechts verwalten, damit eine Formulierung gefunden, aus der gerade das Gegenteil abgeleitet werden kann. Die Staatsbureaucratie wird daraus folgern, daß die Städte ihre Verwaltungsorgane sind und ihre Befugnisse zu folgen haben. Das will der Entwurf aber gerade vermeiden. Immerhin: Trotz der verunglückten Formulierung ist hier der Wille des Entwurfs unverkennbar, die Gemeinde von ihren gegenwärtigen Fesseln zu befreien und ihr eine vor Eingriffen der Staatsbureaucratie gesicherte Sphäre freien Wirkens in breiter Ausdehnung zu schaffen. In derselben Richtung liegt es, daß der Entwurf in § 49 mit der staatlichen Bestätigung von Mitgliedern des Stadtvorstandes und städtischer Beamten aufräumt. Es ist rückhaltlos anzuerkennen, daß hier der Entwurf eine Konsequenz zieht, zu der sich die Gesetzgebung nirgends bisher hat entschließen können.

Rückhaltlos mit dem offensichtlichen Ziele, der Kommunalbureaucratie die Herrschaft über die Verwaltung zu sichern, wird der Entwurf bei der Gestaltung der inneren Gemeindeorganisation. Er stellt als Formen der Stadtverfassung nebeneinander die Bürgermeisterverfassung, die Magistratsverfassung und die Stadtratsverfassung. Das ist grundsätzlich falsch. Wie jede Gemeinde sich verhält, soll ihrem eigenen Ermessen überlassen bleiben, örtliches Herkommen, Verwaltungsübung, Personalverhältnisse werden hier immer eine große Rolle spielen. Die Frage, ob man an die Spitze der Verwaltung eine Einzelperson — den Bürgermeister — oder ein Kollegium — den Magistrat — stellt, hat in der Praxis, die namentlich in den großen Städten überall ziemlich gleichmäßige Verhältnisse schafft, nicht die Bedeutung, die ihr in

der sehr unklar geführten Diskussion beigemessen wird. Ueber einen Grundsatz aber darf es vom Standpunkt der Demokratie keine Diskussionen geben: die kommunale Willensbildung, die Beschlußfassung in allen grundsätzlichen und finanziellen Fragen darf nur bei der Gemeindevertretung als dem Organ der Wählerschaft liegen. Die Durchführung des Einkammersystems in den Kommunen ist z. B. auch von Drehs befürwortet worden. Der Entwurf aber schlägt den umgekehrten Weg ein und sucht die Stellung des Magistrats und namentlich des Bürgermeisters zum Nachteil der Stadtverordneten in ganz ungeheuerlichem Ausmaße zu verstärken. Er beläßt es für das Gebiet der Magistratsverfassung, der jetzt die meisten preußischen Städte unterstehen, nicht nur bei dem Zweikammersystem, sondern residiert sogar den jetzt bestehenden Gesetzeszustand kräftig nach rückwärts. Der Bürgermeister soll nicht nur den Vorsitz im Magistrat, sondern sogar nach § 11 den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen erhalten und noch das volle Stimmrecht obendrein. Es erscheint mir als eine etwas starke Zumutung, einer Körperschaft wie dem Deutschen Städtetag, in der das ehrenamtliche Element stark vertreten ist, einen solchen Entwurf vorzulegen. Aber das genügt dem Entwurf noch nicht. Nach § 24 Absatz 3 soll auch die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung durch Gemeindebeschlüsse festgelegt werden, soll also auch hier der Magistrat ein Mitwirkungsrecht erhalten. Eine solche Bestimmung entspricht zwar dem polizeistaatlichen Geiste der preußischen Städteordnung, aber sie ist unvereinbar mit dem modernen Rechtsbewußtsein, das in der selbständigen Ordnung der Geschäfte ein Grundrecht jeder politischen Körperschaft erblickt. Aus diesem Grunde hat z. B. das preußische Gesetz über die Bildung von Groß-Berlin den Bezirksversammlungen ausdrücklich das Recht eingeräumt, sich ihre Geschäftsordnung selbst zu geben. Charakteristisch für den Geist des Entwurfs ist es, daß er die polizeistaatliche Disziplinierung der Stadtverordneten überhaupt entzieht und nach § 40 Absatz 2 ausschließlich dem Gemeindevorstand überträgt.

Leider ist der Verdacht nicht unbegründet, daß hinter diesen Bestimmungen, die durch ihren ausgeprägten reaktionären Charakter dem Rechtsbewußtsein schroff widersprechen, sehr konkrete politische Tendenzen obwalten. Bei der Beratung der sächsischen Gemeindeordnung erklärte der Dresdener Oberbürgermeister Blüher, der in der Vorbereitungszeit sich als jüdischer Ratgeber sächsischer Arbeitgeberverbände im Kampfe gegen die Gewerkschaften betätigt hat, daß er grundsätzlich Gegner einer landesgesetzlichen Regelung des Gemeindewesens sei und daß man die Neuregelung der Gemeindeverwaltung bis zum Erlasse einer Städteordnung aufschieben solle.

Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Absicht besteht, auf dem Wege über das Reich die fortschrittliche Gesetzgebung der sozialistischen Länderregierungen zu verhindern oder zu beseitigen.

Allein diese Tendenzen dürfen nicht dazu führen, den gesunden Gedanken eines Reichsrahmengesetzes für die Verfassung der deutschen Städte preiszugeben. Es ist nicht schwer, dem Entwurf einen brauchbaren Inhalt zu geben und ihn zum Instrument des demokratischen Fortschritts zu machen. Sache der sozialdemokratischen Delegierten wird es sein, auf dem Städtetag die Grundlage zu schaffen für ein aus dem Geiste des demokratischen Volksstaates geborenes Gemeinderecht.

Wirtschaft

Flauer Geschäftsgang auf der Frankfurter Messe.

Aus Frankfurt a. Main schreibt uns unser Berichterstatter: Die Frankfurter Messe ist am Sonntag eröffnet worden. In der Stadt selbst merkte man wenig von diesem Ereignis; auch in der Ausstellung ist der Besuch äußerst beschränkt. Vor allen Dingen scheinen die auswärtigen Besucher zu fehlen. Die Messe selbst wird allem Anschein nach stärker unter den ungünstigen Verhältnissen zu leiden haben, als es die vorhergehenden Herbstmessen bis jetzt erfahren. Allgemein kann gesagt werden: Wie groß und bekannte Aussteller, vor allem große Raschwerkfabriken aus dem Rheinland und Westfalen, die den Herbstmessen bisher ihr Gepräge gegeben hatten, fehlen, und so beschränkt sich die Zahl der ausstellenden Firmen in großen und ganzen auf süddeutsche und westdeutsche Firmen. Wohl sind die Thüringer mit Spielwaren, wo wohl kann man Chemiker und Kreiselher Erzeuger mit Strümpfen und Seidenstrawatten sehen, wohl ist der Bielefelder Büchsenbau mit Nähmaschinen vertreten und Sohlen, Solingen bzw. Kesselscheid sind mit Stahlwaren, Werkzeugen und Werkzeugmaschinen anwesend, aber so beschränkt, daß der regionale Charakter der Messe zutage tritt. Das muß angesichts des Streites, welche von beiden Messen, Köln oder Frankfurt, in Zukunft bestehen soll, konstatiert werden.

Von einer guten Beschickung kann entgegen den Verkaufsangaben des Messenamtes absolut keine Rede sein. Am besten steht es noch um den Legitimarkt. Die Legitimesse weist eine gute Belegung auf. Hier rechnet man angesichts der kälteren Witterung mit der Befriedigung des Herbstbedarfes und mit dem Einsehen des so lange verzögerten Weihnachtsgeschäftes. Nachfrage besteht z. B. für Strümpfe mittlerer Qualität, während die Absatzmöglichkeit für Seidenswaren, die sich während der letzten Messen geltend gemacht hat, nur ungünstig beurteilt wird. In Seidenartikeln hofft man auf ein mittleres Geschäft. In Wäsche wird die billigere Ware mehr gefragt. Bedarf besteht auch für Tricotagen und Strickwaren. Die Leinwanderei, die sehr schlecht mit Aufträgen versehen ist, meißtenteils nur für zwei bis drei Wochen, betrachtet den Markt sehr pessimistisch.

Gut besetzt ist auch der Aluminiummarkt; jedoch zeigt die Schuhwarenmesse, der Kern der Frankfurter Messe, auf

der besonders Augustschuhe gezeigt werden, viele leere Stände. Schlimmer ist es noch in der Halle für Schuhmaschinen. Auch in der Sport- und in der Papierbranche sowie in der Halle für hauswirtschaftliche Artikel haben eine Reihe von Firmen nicht ausgestellt und nehmen lieber die teure Platzmiete in Kauf.

Die notwendige Umstellung des Messerwesens.

Auf einem zu Ehren italienischer Gäste gegebenen Frühstück hielt der Frankfurter Stadtrat Lombard eine interessante Rede über die künftige Entwicklung des Messerwesens. Er führte aus, daß die Messerentwicklung jetzt andere Wege einschlagen müsse, und zwar nicht im Sinne, als ob eine grundsätzliche Umwälzung der Messertechnik einträte, wohl aber in dem Sinne, daß eine andere Einstellung von Käufern und Verkäufern ein Gebot der Notwendigkeit sei. Die harte und grausame Erkenntnis, die der über der Inflationszeit gebreiteten Schiefer zerrissen habe, zwingt die deutsche Industrie und den deutschen Handel, wieder die Vorteile zu enthalten, die ihnen einst die Beliebigkeit verschafft hätten: äußerste Solidität und Anstrengung aller Kräfte, die auf den Höchststand der technischen Produktion gerichtet seien. Damit würden sie aber auch in der Welt des Vertrauens wieder gewinnen, das sie in der Inflationszeit verloren hätten. Man stehe auch deshalb einer veränderten Lage gegenüber, weil die Schranken, die der Pariser Vertrag in dem internationalen Güterausgleich aufgerichtet habe, im nächsten Jahr fallen würden. Das deutsche Volk sei fest entschlossen, nach Maßgabe dieser Kräfte das Wort einzulösen, das unsere Regierung in London gegeben habe: aber die Welt müsse auch willens sein, und die Erfüllung zu ermöglichen.

Gedrückte Stimmung bei den Schutzöllnern.

Die phantastische Höhe, die die deutschen Getreidepreise dank der Politik des Reichslandwirtschaftsministers Ramm erreicht haben, ist eine große Gefahr für die Lebenshaltung der breiten Massen. Trotzdem ist davon noch nichts zu hören, daß die Landwirte ihre Forderungen zurückgeschraubt hätten. Allerdings sieht man in weiten Kreisen des Bürgertums bereits ein, daß bei den gegenwärtigen Preisen Schutzöllner eine unerträgliche Belastung des deutschen Volkes und seiner Produktion darstellen würden. So wies das „Berliner Tageblatt“, das schon früher gegen Getreidezölle aufgetreten ist, am Sonntag darauf hin, daß die Freigabe der Getreideausfuhr durch den Reichsernährungsminister ein verhängnisvoller Fehler gewesen ist und daß die Einfuhr von Agrarzöllen „eine in keiner Weise zu rechtfertigende Belastung der deutschen Wirtschaft“ bedeuten würde, noch dazu ohne der Landwirtschaft den geringsten Nutzen zu bringen. Sogar ein Blatt, das sich auf nationale Phrasen gern versteht und daher auch für den berühmten „Schutz der nationalen Arbeit“ viel übrig hat, wie die „Berliner Börsen-Zeitung“, schreibt in ihrem Wochenbericht über die Lage des Brotgetreidemarktes am Sonntag:

Die außerordentliche Höhe der jetzigen Getreidepreise hat wohl den landwirtschaftlichen Auf nach Getreidezöllen gedämpft. Die Aussicht, daß bei solcher Höhe der Getreidepreise noch die Zölle, die bekanntlich die frühere ungünstige Lage der Erzeuger aufbessern und sie zu intensivem Anbau von Getreide anregen sollten, zur Annahme gelangen könnten, wird wohl kaum noch ernsthaft anzunehmen sein. Zweifellos hat sich die Situation besonders der Großgrundbesitzer wesentlich gehoben, seitdem zuerst durch die Ausfuhergenehmigungen ein nicht unerheblicher Teil unserer alten Getreidevorräte und ansehnliche Mengen gerade der besten Qualitäten der neuen Ernte zur Ausfuhr gelangten. Teils dadurch, teils durch die starken Schäden der neuen Ernte infolge der unzeitigen Regenperioden sind die Getreidepreise auf einen Stand gekommen, den sie früher nur ganz vorübergehend einmal erreichten, und zwar damals mit Veranlaß durch den Aufschlag der hohen Importzölle, die jetzt für die Preisgestaltung noch nichts getan haben. Sind schon die heutigen Preise als ungewöhnlich hoch anzusehen, so würden sie nach entsprechender Beeinflussung durch die beabsichtigten Zollaufschläge als ernste Teuerungspreise angesehen werden müssen.

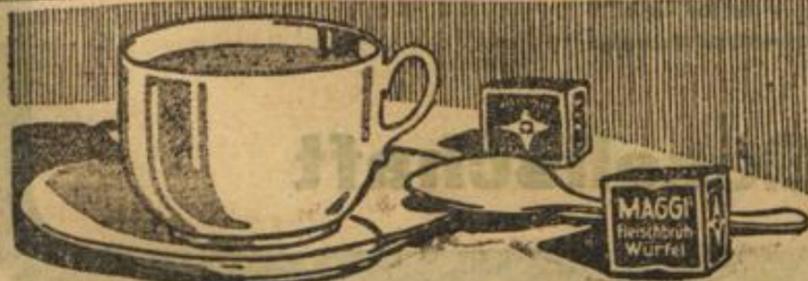
Demnach scheint die Stimmung für die Getreidezölle doch etwas abgeklaut zu sein. In der Tat wäre es nicht zu veranworten, wenn jetzt nach der Verteuerung des Getreides noch künstlich eine weitere Preissteigerung für Brotgetreide herbeigeführt werden würde. Es ist höchste Zeit, daß das Ministerium Ramm, das bisher nur die Interessen der Großlandwirtschaft vertreten hat, die unglückselige und unzeitgemäße Vorlage zurückzieht.

Technik und Wirtschaft bei der Eisenbahn.

Auf der eisenbahntechnischen Ausstellung in Seddin werden u. a. auch die neuesten Großraumgüterwagen der deutschen Reichsbahn gezeigt, von denen man eine nicht unerhebliche Vergrößerung der Wirtschaftlichkeit des Güterverkehrs der Eisenbahn erwartet. Auch auf der eisenbahntechnischen Tagung, deren sachliche Verhandlungen gestern begannen, wurde dieses Thema einer Aussprache unterzogen, nachdem Oberregierungsrat Paulsenheimer hierüber einen kurzen Vortrag gehalten hatte.

Im Gegensatz zum Personenverkehr, bei dem die Bahnverwaltung heißt, ist, wenn er seinen Zulufsch erfordert, ist der Güterverkehr der produktive Teil des Betriebes. Bei der Organisation des Güterverkehrs wird auf die vollendete Durchbildung des Rangierdienstes hingearbeitet, um eine beschleunigte Zusammenstellung und Zerlegung der Güterzüge zu erreichen. Die Anwendung von Selbstentladewagen soll die Wagen wieder schnell für neue Fahrten verwendungsbereit machen. Bisher wurden im Güterverkehr die bekannten zweischigen 20-Tonnen-Wagen verwendet. Die eben erwähnten Bestrebungen aber können nur durch die Einführung von vierachsigen Großraumgüterwagen von mindestens 50 bis 60 Tonnen Ladegewicht wirksam unterstützt werden, denn diese Wagen besitzen auch im Verhältnis zu den durch sie beförderten Lasten ein geringeres Eigengewicht als die alten 20-Tonnen-Wagen.

In einem weiteren Vortrage wurde von Ministerialrat Eichhorn das Thema der Eisenbahnbremsen und ihre wirtschaftliche Bedeutung behandelt. Die Einführung der durchgehenden Güterzugsbremse würde, ganz abgesehen von der Vergrößerung der Betriebs-



MAGGI'S Fleischbrühwürfel
In Qualität einzig!

sicherheit auch im Laufe der Jahre eine erhebliche Verminderung der Betriebskosten mit sich bringen. Ein großer Teil des Bremserpersonals würde für andere Dienste frei werden und die Ersparnis an Löhnen würde so groß sein, daß sie nach neun Jahren bereits die Kosten für die gesamte Ausrüstung der deutschen Güterzüge mit der durchgehenden Bremse wieder wettmache, so daß vom zehnten Jahre an erhebliche Reingewinne aus diesem technischen Fortschritte zu erwarten seien. Nur Amerika hat bis jetzt seine Güterzüge mit dieser Bremse ausgerüstet, während die übrigen Länder erst jetzt anfangen, sie in größerem Umfange einzuführen.

Nordische Messe in Kiel.

Die Nordische Messe, die im Frühjahr einen raschen Aufschwung erlebt hatte, leidet, wie alle anderen Messen, unter der allgemeinen Geldknappheit. Die Zahl der Aussteller ist nicht halb so groß wie im Frühjahr, wo viel ausgestellt und verhältnismäßig gut gekauft wurde, weil der Handel eine rasche Besserung der Wirtschaftslage erwartete. Die Tatsache, daß diese nicht eingetreten ist, mahnt vor allem die Aussteller zur Zurückhaltung, aber auch die Einkäufer wieder, zu große Abschlässe zu machen, weil die Konsumenten bei dem angesichts der teuren Lebenshaltung niedrigen Löhnen und Gehältern nur das Notwendigste zu kaufen vermögen.

Während am Sonntag von einem Verkehr kaum die Rede war, hat sich das Geschäft am Montag etwas belebt. In den technischen Abteilungen, wo allerdings viele Plätze leerstehen, wurden vor allem Abschlässe in landwirtschaftlichen Maschinen, in Glühkopfmotoren, Maschinen für Tischereibedarf und Motorradern erzielt. In der Textilbranche ließ das Geschäft sehr zu wünschen übrig; die geringe Kaufkraft kam dadurch zum Ausdruck, daß vorwiegend Abschlässe in billigen Waren zustande kamen und die Verkäufer zwei bis sechs Monate Ziel gewähren mußten. Seitens der Käufer wurde zum Teil behauptet, sie seien durch Konventionen gezwungen, nicht unter 90 Tage Ziel zu kaufen. Der Absatz in der Lebensmittel- und Genußmittelbranche sowie Tabakwaren war leidlich, die Käufer kamen aber fast ausschließlich aus der Provinz Schleswig-Holstein. Recht flau war angesichts der gestiegenen Preise das Geschäft in Lederwaren. Der Umsatz in Glas- und Porzellanwaren befriedigte, während in der kunstgewerblichen Abteilung viele Abschlässe zustande kamen.

Das Ergebnis der Messe wird sehr ungünstig beeinflusst durch die Tatsache, daß die Preise in den nordischen Ländern, die bei den früheren Messen als Einkäufer stark in Frage kamen, in der Regel wesentlich niedriger sind als in Deutschland. Sie treten als Käufer überhaupt nicht auf.

Gegen die Blankovollmacht der Reichsregierung in der Zollfrage wendet sich eine Eingabe der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-West an die zuständigen Ministerien sowie den Reichstag und den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. U. a. wird darin die Beseitigung der unter Umständen zu bedenklichen Schädigungen führenden Ermächtigung der Regierung verlangt, die Zollsätze je nach dem Ertragsverhältnissen der Wirtschaft zu verändern.

Wetter für Berlin und Umgegend: Geringe Abkühlung, meist bewölkt, nur vorübergehend etwas auflarend, zeitweise Regen bei kalten Südwestlichen Winden. Für Deutschland: Im Norden ziemlich kühl und kühl mit Regenfällen. Im Süden teilweise heiter und warm.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt. Freitag, den 23. September, nachm. 4 1/2 Uhr, im Konferenzsaal der Schule Roditz 12/13, engerer Vorstandssitzung. — Wir weisen unsere Mitglieder ganz besonders auf die Veranstaltung der Jugendgerichtshilfe am Mittwoch, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendamt Poststr. 16, Zimmer 30, hin. Dr. Bauer (richt. über: Jugendberufshilfe).

Zentraler Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterparteien. Donnerstag, den 25. September, 7 Uhr, im Sitzungssaal der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 2. Sitzung. Jeder Kreis muß vertreten sein.

111. Mt. Kohnenort. Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, öffentliche Frauenversammlung im Lokal Groß (früher 211), Schulender Straße. Vortrag der Genossin Gertrud Hanna, W. d. L.: „Die Frau in der Politik.“

17. Kreis Lichterberg. Donnerstag, den 25. September, 8 Uhr, Versammlung der Bildungsvereinsarbeit in der Bibliothek, Reichsstr. 26. Vortrag des Genossen Dr. Richter: „Weg zur Kultur.“ Gäste willkommen.

24. Kreis Reinickendorf. Die für Mittwoch, den 24. September, angelegte Protestkundgebung findet erst um 6 1/2 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Reichshauses Wittenau statt.

Freizeitanstellungen am Dienstag, den 23. September:
 1. Kreis Kreuzberg, 7 Uhr Funktandemtreffen bei Wolf, Große-Rose 24. Wichtige Tagesordnung.
 2. Mt. 27. Mt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr bei Kugel, Reinick. 1. Vortrag des Genossen Apotheker Peller: „Volkswirtschaft und Lebenshaltung.“

Morgen, Mittwoch, den 24. September:
Mitglieder- und Jahreshandlungen in Groß-Berlin:

1. Mt. 7 1/2 Uhr im Saal 3 des Generalschulhauses, Engelstr. 23, Werbeversammlung mit Sängern, Vortrag des Genossen Dr. Wolf, W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
2. Mt. 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitglieder- und Jahreshandlung bei Rosenzweig, Sandberger Str. 39. Vortrag des Genossen Dr. Julius Pöfers: „Die Sozialdemokratie als Kampfpartei.“ Societätsleiter und Gruppenleiter sind eingeladen.
3. Mt. 7 1/2 Uhr bei Müller, Schwedter Str. 23. Vortrag des Gen. Stadtrat Hermann: „Die Geschichte der Partei.“
4. Mt. 7 1/2 Uhr bei Köhler, Reichstr. 24. Vortrag des Gen. Stadtrat Brandt: „Der Kampf der Partei.“
5. Mt. 7 1/2 Uhr bei Müller, Scherwinstr. 13. Vortrag des Gen. Dr. Sturm: „Volkswirtschaft und Lebenshaltung.“
6. Mt. 7 1/2 Uhr bei Haber, Siepdonstr. 11. Red- und Diskussionsabend.
7. Mt. 7 1/2 Uhr bei Böttcher, 708, 709, 714-715 bei Kauf, Preussenschloß, Besitze 709, 721-723 bei Richter, Reichstr. 10. Besitze 716-720 bei Dierck, Silvern, 44. Reichstr. Straße.
8. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Societätsleiter und Gruppenleiter sind eingeladen.
9. Mt. 7 1/2 Uhr bei Kugel, Reinick. 1. Vortrag des Gen. Stadtrat über: „Kommunaldemokratie.“
10. Mt. 7 1/2 Uhr bei Kugel, Reinick. 1. Vortrag des Gen. Stadtrat über: „Kommunaldemokratie.“
11. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
12. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
13. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
14. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
15. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
16. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
17. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
18. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
19. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
20. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
21. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
22. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
23. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
24. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
25. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
26. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
27. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
28. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“

29. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
30. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
31. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
32. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
33. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
34. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
35. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
36. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
37. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
38. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
39. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
40. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
41. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
42. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
43. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
44. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
45. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
46. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
47. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
48. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
49. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
50. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
51. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
52. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
53. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
54. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
55. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
56. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
57. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
58. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
59. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
60. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
61. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
62. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
63. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
64. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
65. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
66. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
67. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
68. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
69. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
70. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
71. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
72. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
73. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
74. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
75. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
76. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
77. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
78. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
79. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
80. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
81. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
82. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
83. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
84. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
85. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
86. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
87. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
88. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
89. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
90. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
91. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
92. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
93. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
94. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
95. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
96. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
97. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
98. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
99. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
100. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“
101. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Sandberger Str. 3. Mitglieder- und Jahreshandlung. Vortrag des Gen. Stadtrat W. d. L.: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung.“

Briefkasten der Redaktion.

M. Jochims, Kreuzberg bei Siegen, 1. Vor deutscher Seite wurde der Friedensvertrag unterschrieben von Herrn. Müller und Herr. 2. Kreuzberg konnte gar nicht den Ratenschluss verlassen arbeiten, weil die dafür nötigen Voraussetzungen fehlten.

Die Verkaufsstelle Berlin, Unter den Linden 19 ist eröffnet



Das bewährte 3 PS D-Rad
Zwei Zylinder :: Drei Geschwindigkeiten

Fahrfertig Mk. 1000.-

D-Rad Aktien-Gesellschaft